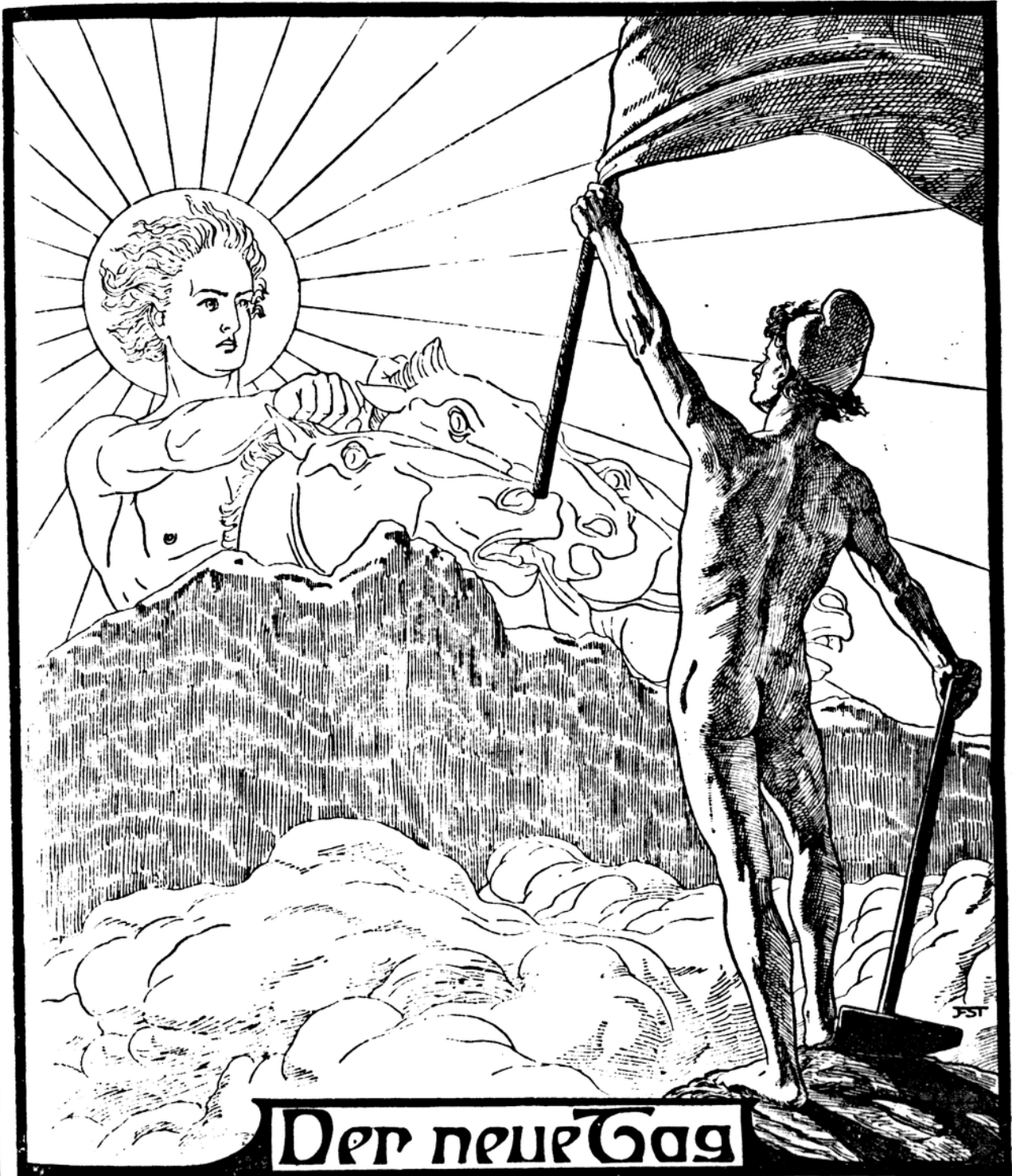


Die Gewerkschaft



Der neue Gag

Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands!

Seit fünfzehn Jahren müht sich ein Teil der Gemeinde- und Staatsarbeiter in nimmer rastender Agitationsarbeit eine einheitliche geschlossene Organisation zustande zu bringen. Und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Das Häuflein der 400 aus dem Jahre 1896

stieg auf mehr denn 50000 organisierte Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Im gleichen Verhältnis zur Mitgliederzahl ist auch der Einfluß unserer Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewachsen! Einstens mußten wir uns darauf beschränken, durch öffentliche Kritik die allergrößten Auswüchse in Behandlung der Arbeiter zu bekämpfen, wir konnten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die traurige Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter lenken, und die erzieherische Arbeit der Organisierten und ihrer Presse versuchte Neid, Mißgunst, Strebertum und Schmarozerei aus den Arbeiterreihen auszumerzen.

Wahrlich eine harte, mühselige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit war nötig, um vorerst auf diesen Gebieten einen festen Grund zu bekommen, auf den nun weitere Bausteine zur Arbeiter-solidarität geschichtet werden konnten. Aber der Bau stieg Stockwerk um Stockwerk, und heute kann unsere Organisation voll Stolz auf das der Vollendung entgegengehende Haus hinweisen. Die größte und schwierigste Arbeit ist getan! Wir haben uns durchgerungen! Jahr um Jahr mehren sich nicht nur unsere Kämpferschar um Tausende, sondern die Erfolge haben gleichen Schritt damit gehalten. Welch ein Weg von der mörderischen 24stündigen Wechselschicht des Gasarbeiters, die einstmal ganz allgemein von Stadtverwaltungen und Privat-Gasgesellschaften für „absolut notwendig“ erachtet wurde bis zum heutigen

Achtstundentag in 61 der größten deutschen Städte mit 80 Gasanstalten

und vielen Tausenden von Arbeitern! Und doch kennzeichnet diese Etappe nur einen kleinen Teil unserer Errungenschaften! Einstmal waren die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter sprichwörtlich miserable. Invalidenempfänger und Armearentner galten den Stadtverwaltungen nur zu oft als „Maßstab“ für die Lohnhöhe der gesamten unteren Angestellten. Allerhand unverbindlich und persönlich gewährte „Wohltaten“ mußten als Schönheitspflasterchen dienen, um die Wunden der Lohn- und Arbeitsordnungen zu verdecken! Wenn wir auch heute noch, sowohl in Arbeitszeit als in Lohnhöhe nicht unwesentlich hinter den gleich schweren und verantwortungsvollen Berufen der Privatindustrie zurückstehen, so erklärt sich das einzig aus dem überaus tiefen Niveau, das vor dem Einsetzen unserer Organisation auf diesem Gebiete vorhanden war. Aber wir sind im besten Zuge, diesen Schandfleck der deutschen Stadtverwaltungen gänzlich zu beseitigen, und es hängt in erster Linie von dem weiteren Erstarren unserer Organisation ab, daß wir

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben mustergültig gestalten, so daß sie der Privatindustrie zum Vorbild dienen können.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge ist der Fortschritt dank dem energischen Eingreifen der Organisation in Verbindung mit der öffentlichen Kritik durch Presse und Arbeitervertreter gleichfalls unverkennbar. Früher almosenbafte Einzelgewährung aus „Gnade“ bei „guter Führung“, was in der Regel nichts weiter bedeutete als gebührende Untertwürfigkeit und Servilität den Vorgesetzten gegenüber. Heute ist in 250 Orten Sommerurlaub, in 97 Orten Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, 100 resp. 120 Orten Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung meist auf geregelter Grundlage eingeführt, so daß jeder Arbeiter nach bestimmten Dienstjahren oder wenigstens jeder „ständige“ Arbeiter ohne weiteres Anspruch darauf hat. Freilich, um hier den Forderungen unseres Programms volle Anerkennung zu verschaffen und die Gewährung als gültiges Recht anzuerkennen, bedarf es noch weiterer Anstrengungen, und auch hier hängt alles ab von der

weiteren Kraftentfaltung unserer Organisation.

Wohlan, Kollegen und Kolleginnen! Die Zeit des Zögerns und Zagens ist überwunden für Zehntausende. Da tritt auch an alle Anorganisierten die Frage heran: Beacht Ihr nicht eine grobe Pflichtverletzung, wenn Ihr länger dem Verband fern bleibt? Noch stehen gegen 100000 Gemeinde- und Staatsarbeiter unschlüssig beiseite. Teils aus Furcht vor dem Anwillen der Vorgesetzten, teils aus egoistischem Mangel an Opferwilligkeit! Eins so verfehlt als das andere! Heute ist es ein Kinderspiel, dem Verbands anzugehören, wenn man einen Vergleich mit früheren Jahren ziehen wollte, wo Drangsalierungen, Maßregelungen und Zurücksetzungen gegen Organisierte sozusagen die Regel bildeten! Die Stadtverwaltungen erkennen in ganz Deutschland das Koalitionsrecht an, unsere Verbandsvertreter verhandeln fortgesetzt an den verschiedensten Orten, und nur der blinde Uebereifer subalternen Vorgesetzter führt noch hin und wieder zu Vorkommissionen, die diesen Herren gewiß nicht zur Ehre gereichen und uns auf die Dauer doch nicht schaden können.

Wohl aber droht von der Gesetzgebung — durch den Strafgesetzentwurf — eine finstere Macht, die uns das Koalitionsrecht und Streikrecht verkümmern will. Sollen wir das ruhig mit ansehen oder sind wir nicht vielmehr verpflichtet, all unsere Manneskraft aufzubieten, um den drohenden Schlag zu parieren? Es kann aber keine bessere Antwort auf das geplante Attentat gegen unsere Organisations- und Betätigungsrechte geben als enger Zusammenschluß aller in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten!

Noch schwebt es wie eine finstere Wolke über unserer Haupt, aber wer wollte da gleich verzweifeln und sich scheu um jegliche Abwehr drücken! War unser Kampf bislang von glänzendem Erfolg begleitet, so sehen wir über der schwarzen Wolkenschicht bereits den neuen Tag auf feurigen Rossen daherkommen, wie es unser Künstler Stauffer auf der Vorderseite zeigt. Und der freie Arbeiter liegt wohl für eine kurze Spanne den Hammer zur Seite. Er schwenkt die Fahne der Freiheit und ist entschlossen, den neuen Tag zu begrüßen als Tag der Freiheit von Not und Knechtschaft!

Noch ist es erst heißes Sehnsuchts-Symbol, was wir im Wilde sehen! Noch ist die Arbeit nicht frei, und dräuend sind die Wolken aufgeschichtet, um uns fernzubalten von Sonne und Freiheit. Aber die Arbeit wird sich einmal befreien. Sie trägt wahrlich nicht für alle Zeiten das Joch, das heute noch auf sie lastet.

Und das Werkzeug zur Befreiung der Arbeit ist die Organisation!

Se gewaltiger unser Verband anwächst, um so schneller werden wir dem neuen Tag entgegengehen, wird man unseren Forderungen und Wünschen Rechnung tragen, wird jegliche Bedrückung aufhören. Darum darf sich keiner für zu gering halten, keiner soll länger abseits stehen und „die andern“ für Freiheit und Fortschritt sorgen lassen. Es muß eine Antwort von jedem Anorganisierten gegeben werden auf die Frage: „Warum erschwerst Du den Aufstieg der Arbeiterklasse?“

Und diese Antwort kann nur lauten:

Auch ich schließe mich zusammen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Entwicklung, Leistung und Erfolgen.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung waltet bei allen Besitzenden das Bestreben ob, ihr Vermögen durch günstige Anlage zu steigern. Bei diesem Vorhaben werden sie außerordentlich unterstützt, da sich durch den immensen Aufschwung in Industrie, Handel und Gewerbe unglaubliche Riesengewinne ergeben, die eine reichliche Verzinsung des angelegten Kapitals und damit eine angenehme Lebenshaltung garantieren. Ist hierdurch den von Geburt mit Glücksgütern Gesegneten ein ausreichendes Auskommen gesichert, so liegt es bei den anderen Erdbürgern wesentlich anders. Ihnen stehen diese Einnahmequellen nicht zur Verfügung. Nur einzig und allein ihre Arbeitskraft ist ihnen mitgegeben, aus deren Verwertung sich ihre Existenz resultiert. Mit diesem Kapital scheinbar minimaler Art, eine in Wirklichkeit jedoch unschätzbare Kraft, haben die

Arbeiter im Existenzkämpfe zu rechnen. Es gilt also, die Arbeitskraft so hoch wie möglich im Preise zu steigern. Und je höhere Bewertung letztere erhält, je günstiger gestaltet sich die Lebenslage des seine Kraft anbietenden, je höher stellt sich die Verzinsung des Kapitals, der Arbeitskraft. Mit Recht werden Fernstehende nun die Frage richten: Hat denn die Organisation solches bislang durchzuführen vermocht? Mit voller Ueberzeugung können wir solches bejahen! Zahlen beweisen!

In der obigen kreisartigen Darstellung haben wir eine vergleichende Uebersicht gegeben. Der große Kreis stellt das Ergebnis der in einem, und zwar im Jahre 1911 erzielten Lohnerböhrungen dar. Die Lohnsumme, um welche das Jahreseinkommen erhöht wurde, betrug ca. 3 767 752 Millionen Mark. 64 000 Kollegen nahmen daran teil, so daß auf den einzelnen im Durchschnitt 1.13 Mark pro Woche entfielen. Ganz allein hierdurch ist schon mit aller Deutlichkeit der

Wirkung der Organisation erbracht, doch tritt dies noch in erhöhtem Maße in die Erscheinung, wenn wir uns ebenfalls den Gewinn vor Augen führen, der aus der erzwungenen Arbeitszeitverkürzung für die Kollegen zu verzeichnen war. Um

657 000 Stunden

pro Jahr wurde die Dienstleistung von 3352 Kollegen verkürzt, was einer Minderung der Arbeitsleistung von

etwa 4 Stunden pro Woche

entspricht. Bringen wir für diese gewonnene Zeit den Stundenlohn von 40 Pf. in Anschlag, so ergibt sich ebenfalls ein in Geldwert ausgedrückter Gewinn von mehr als

eine viertel Million Mark.

Sierin liegt natürlich nur eine ungefähre Bewertung des Erzielten.

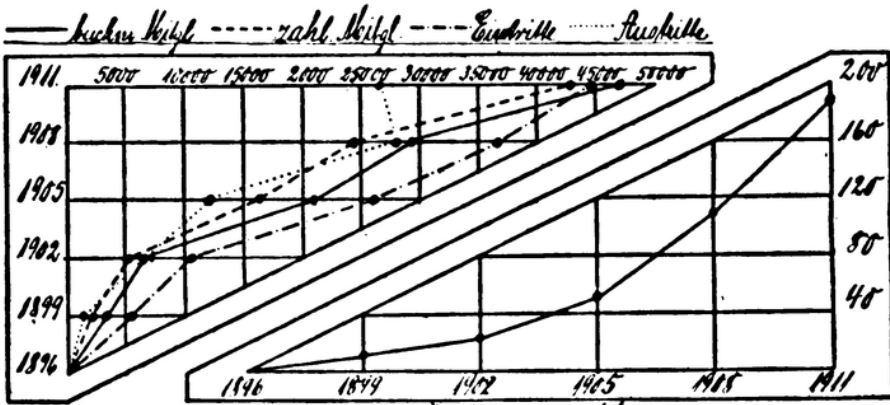
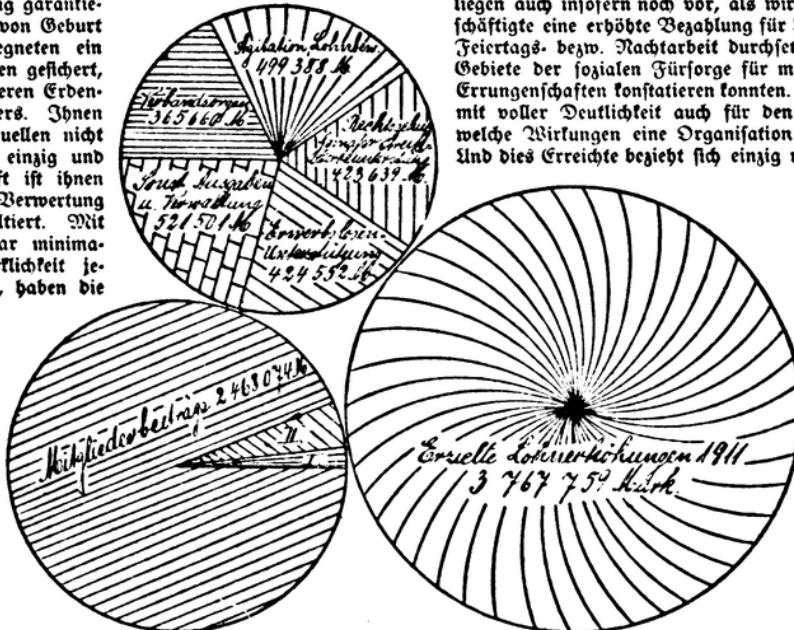
Die Arbeitszeitverkürzung birgt zweifelsohne einen größeren Wert in sich als wie den angedeuteten. Bedeutet doch jeder Gewinn an freier Zeit für den Arbeiter eine Verlängerung des Lebens, was in den gesundheitschädigenden Betrieben nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Beweise für das von uns vorhin aufgestellte sind jedoch dadurch noch keineswegs erschöpft. Finanzielle Ergebnisse liegen auch insofern noch vor, als wir für annähernd 6000 Beschäftigte eine erhöhte Bezahlung für Ueberstunden, Sonn- und Feiertags- bzw. Nachtarbeit durchsetzen und ebenso auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für mehr denn 4000 Personen Errungenschaften konstatieren konnten. Diese Zahlen lassen schon mit voller Deutlichkeit auch für den Fernstehenden erkennen, welche Wirkungen eine Organisation auszulösen imstande ist. Und dies Erreichte bezieht sich einzig und allein auf ein Jahr!

Würden wir die ziffermäßigen Ergebnisse der letzten Jahre alle registrieren, so würden außerordentlich hohe Zahlen in die Erscheinung treten. Nur an einem Beispiel sei es erläutert: Stellen wir die erzielten Lohnforderungen der letzten sieben Jahre zusammen, so erhalten wir die runde Summe von 13 1/2 Millionen Mark, ungerichtet der für Arbeitszeitverkürzung und sonstigen Fälle erzielten Werte. Welche Opfer mußten hingegen die Mitglieder der

Organisation unserer gegenüber bringen? Von den beiden dem großen Kreis unserer graphischen Darstellung anliegenden kleinen Kreisen stellt der untere links die Gesamteinnahmen des Verbandes seit Bestehen, der obere die Gesamtaufgaben dar. — Betrachten wir kurz die

Einnahmen der Hauptkasse, so finden wir, daß hiernach an regulären Beiträgen seitens der Mitglieder 2 468 074 Mark zu leisten waren. Kreisabschnitt I registriert die Summe der Eintrittsgelder, die mit 55983 Mark in Frage kommen, während durch den Abschnitt II die sonstigen Einnahmen mit 121 127 Mark getrennt

zeichnet sind. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse vom Jahre 1896 bis Ende 1911 ist also um mehr denn 1 Million Mark geringer als die im Jahre 1911 erzielten Lohnerböhrungen! Würde nur die Gesamteinnahme des Verbandes einzig und allein zwecks Erreichung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen angewandt worden sein, so hätte unter Berechnung der im finanziellen Effekt erreichten Wirkung, die sich auf viele Millionen Mark bezifferte, eine recht annehmbare Verzinsung der der Organisation zugeflossenen Mittel stattgefunden. In Wirklichkeit ist jedoch auch von diesen für die Organisation geleisteten Beiträge der weitaus größte Teil den Mitgliedern in irgendwelcher Form wieder zugeflossen. Der kleine Kreis (siehe obenstehend) läßt dies in voller Deutlichkeit erkennen. Unter Ausschaltung der für Agitation und Lohnbewegungen in Höhe von rund 500 000 Mark gemachten Aufwendungen finden wir 2 1/4 Millionen



Fiskalentwicklung.

Markt, die für direkte Unterstüßungen sowie für Bildung und Belebung der Mitglieder (Kosten des Verbandsorgans) geleistet wurden. Von den gesamten Ausgaben, die mit 2234740 Mk. in Frage stehen, ist also mehr als die Hälfte an die Mitglieder zurückgeflossen! Diese Zahlen beweisen mit voller Deutlichkeit, wie nutzbringend die verhältnismäßig minimalen Gelder der Mitglieder durch die Organisation angelegt wurden. Und wenn nun schon der Arbeiter eine rentable Verzinsung seiner Mittel anstrebt, so kann es wahrlich nichts Besseres geben, als diese gewerkschaftlichen Sparkassen, die mehr als hundertfache Verzinsung garantieren. Der Arbeiter hat aber auch die Verpflichtung, im Interesse seiner selbst als seiner Familie, die bessere Gestaltung seiner Lebenslage mit aller Macht anzustreben. Dies in die Wirklichkeit umzusetzen, muß seine heiligste Pflicht sein. Des rechten Weges wird er sich bewußt werden, wenn er sich die Erfolge des Verbandes vor Augen führt.

Hat schon der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter diese hier gekennzeichneten Wirkungen auszulösen vermocht, um wieviel mehr wären diese noch gesteigert worden, wenn die Zahl der Zusammengeschlossenen eine größere gewesen. Auch dem Arbeitgeber unserer Kollegen, der Stadtverwaltung, ist ein einheitliches, gemeinschaftliches Handeln gegenüber am Platze. Zeigt sich auch nicht ganz der rein kapitalistische Standpunkt, so weichen doch die

in den Kommunalverwaltungen vorhandenen Nebenerscheinungen nicht viel von ersterem ab. Unter diesem Gesichtspunkt hat also auch die städtische Arbeiterschaft ihre Maßnahmen zu treffen, um Vorteile zu erzielen. Und wenn wir die vordem skizzierten Ergebnisse anführen konnten, so auch nur deshalb, weil eine große Zahl Kollegen gegenwärtig in voller Geschlossenheit zur Organisation steht. Die rapide Aufwärtsbewegung, wie sie sich in der umstehend beigefügten graphischen Tabelle zeigt, läßt die besten Hoffnungen zu. Mehr denn 47000 Mitglieder am Ende 1911 ist immerhin ein Erfolg, mit dem gerechnet werden muß. Trotzdem das Ergebnis ein gutes ist, können wir uns noch keineswegs damit zufrieden geben. Gerade angesichts der noch leider in vielen Orten zu findenden ungünstigen Lebenslage der städtischen Arbeiter bedarf es der weitgehendsten Förderung des Organisationsgedankens. Die Zahl der Filialen (189) ist noch zu minimal. In vielen Kleinstädten steht die städtische Arbeiterschaft dem Organisationsgedanken vollständig fern. Sie aufzurütteln ist unsere Pflicht. Auch sie haben ein verbürgtes Recht, an den Kulturerrungenschaften der Jetztzeit teilzunehmen. Sie hierin weitgehendst zu unterstützen, ist Aufgabe der Organisation. Die Durchführung der Vorbedingungen jedoch, die Erzwingung eines menschenwürdigen Daseins liegt in der Hand der Kollegen selbst. Einmütiges Handeln in der Organisation führt auch sie zum Ziel.

Heraus mit der Verkürzung der Arbeitszeit!

Sahrelang schon hatten die Arbeiter der Gemeindebetriebe auf verkürzte Arbeitszeit. Fußend auf der immer mehr zur Latzade gewordenen Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte durch fortschreitende Entwicklung der Technik und die weiter um sich greifende Ausnutzung der Naturkräfte, fordern die Gemeinde- und Staatsarbeiter eine diesem Kulturfortschritt angepaßte Herabsetzung der Arbeitsleistung. Nicht einzelnen Wenigen, sondern der Gesamtheit der Menschen sollen diese Vorteile zugute kommen.

Programmatisch haben wir uns auf den Verbandstagen für baldigste Einführung des Achtstundentages ausgesprochen. Damit ist er aber weder verwirklicht, noch ist damit gesagt, daß bei dieser Forderung stehen zu bleiben ist. Borerst wird versucht werden müssen, ihn in den kontinuierlichen Betrieben zur Geltung zu bringen. Weithin doch dort noch Arbeitszeiten von 10, 12 und selbst noch mehr Stunden; in der Wechelschicht sogar 18 und 24 Stunden. In den anderen Betrieben haben wir meist noch den Zehn- und Elftundentag. Nach der von uns im Mai vorigen Jahres aufgestellten Statistik für 12 Kategorien des Personals städtischer Betriebe, die sich bis auf 151 Orte erstreckte, ist eine durchschnittliche Arbeitszeit von 9,6 Stunden pro Tag vorhanden. Der Neunstundentag kommt für 11 Proz. der Betriebe, der Achtstundentag für 7,3 Proz. und der Zehn- und Elftundentag hingegen für 88,5 Proz. der Betriebe in Frage; der überstehende Teil fällt auf eine Arbeitszeit zwischen 9 und 10 sowie über 10 Stunden.

Wollen wir diese Uebel beseitigen, so müssen wir die Erkenntnis von ihrer Schädlichkeit haben. Hierzu hilft am ehesten die Orientierung über die tatsächlichen Zustände. Nach den von uns ermittelten Zahlen ist die Mehrzahl unserer Kollegen noch 10 Stunden täglich und länger in der Fron. Andere Industrien stehen nach dieser Richtung hin besser. Hier nur einzelne herausgegriffen:

Bei den Metallarbeitern, deren Statistik von Mai/Oktobre 1910 datiert und 46342 Betriebe mit 1610379 Beschäftigten umfaßt, sind 19,71 Proz. bis inkl. 9 Stunden, 36,02 Proz. zwischen 9 und 10 Stunden, 30,24 Proz. 10 Stunden und 14,03 Proz. über 10 Stunden täglich beschäftigt.

Die Holzarbeiter haben nach dem Stande ihrer Tarifverträge von 1910 für 11715 Betriebe mit 112066 Beschäftigten für 68,5 Proz. eine Arbeitszeit bis inkl. 9 Stunden, für 31,4 Proz. von 9 bis 10 Stunden und für 0,1 Proz. über 10 Stunden.

Nach einer Zusammenstellung des Tapeziererverbandes vom September 1910 für 333 Orte mit 12928 Gehilfen ist die durchschnittliche Arbeitszeit 9,07 Stunden pro Tag. Hier von sind

beschäftigt 71,02 Proz. bis inkl. 9 Stunden, 27,76 Proz. von 9 bis inkl. 10 Stunden und 1,22 Proz. über 10 Stunden.

Ein noch günstigeres Verhältnis bietet eine Statistik über die Arbeitszeit der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die sich auf 1577 Betriebe und 22528 Beschäftigte erstreckt, und von denen 89,7 Proz. der Beschäftigten bis zu 9 Stunden, 10,2 Proz. 9 bis 10 Stunden und 0,1 Proz. über 10 Stunden pro Tag schaffen.

Ferner steht fest, daß das Personal staatlicher Betriebswerkstätten in der Hauptsache den Neunstundentag hat.

Demgegenüber stehen wir Gemeindearbeiter mit 20 Proz. bis inklusive 9 Stunden, 70 Proz. über 9 bis inklusive 10 Stunden und 10 Proz. über 10 Stunden ziemlich weit zurück.

Warum soll nun aber für Gemeindebetriebe nicht durchzuführen möglich sein, was für die Mehrzahl der staatlichen und einen großen Teil privater Unternehmungen gilt? Leider wird vielfach von den Verwaltungen gemeindlicher Betriebe mehr auf recht gute Finanzergebnisse ihrer Betriebe, als auf die Hebung der Lage ihrer Arbeiter gesehen. Anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen, haben einzelne, wenig vom sozialen Geiste angefränkelte Stadtverwaltungen sogar eine Verlängerung eintreten lassen.

Wenn schon im Jahre 1891 in den kaiserlichen Erlassen der willkürlichen und schrankenlosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft der Krieg erklärt wurde, wieviel mehr müßte das in der Neuzeit geschehen, wo die menschliche Arbeitskraft immer mehr ausgeschaltet und ihre Ausbeutung weit intensiver wie früher betrieben wird. Verschiedentlich wird heute allerdings behauptet, daß der technische Fortschritt wenig Einfluß auf städtische Betriebe habe. Dem widerspricht die rauhe Wirklichkeit. Besonders in Licht- und Wasserwerken, bei Straßenbahnen, auf Schlacht- und Viehhöfen, in der Straßenreinigung machen sich technische Neuerungen für die Arbeiter recht unliebsam durch größere Arbeiterentlassungen bemerkbar. Nicht nur vereinzelt, sondern nach Hunderten sind die Arbeiter brotlos geworden. Durch weitere Neuerungen auf technischem Gebiete werden menschliche Arbeitskräfte in geradezu erschreckender Weise brachgelegt. Die Keißel der Arbeitslosigkeit bedroht sie stetig. Sie brauchen aber Arbeit, da sie keinen weiteren Weg haben, um Brot für die Familie zu beschaffen. Ihr Arbeitsangebot ist unter diesem Druck nur zu oft ein Untertanangebot gegenüber den geltenden Preisen wie den bestehenden Bedingungen für die Ware Arbeitskraft. Ist die Arbeitskraft aber rar, so werden der Preis dafür bezw. der Lohn höher,

Zum ersten Mai.

Zu Boden lag die Sklavenarbeit,
In Staub gesunken die alte Welt,
Gestürzt durch einen Hauch von Menschenliebe,
Der mit der frohen Botschaft von Osten kam.
Aber den Hauch ertönte Betrug
Und Herrschucht und Eigengier;
Und über die Menschheit brach herein
Mit Leibeigen-Arbeit, mit Fronarbeit
Des Mittelalters graulige Nacht.

Tausend Jahre währte die Nacht.

Da kam eine Kunde von Welten her.
Eine neue Welt war aufgefunden.
Der Erdball drehte sich zum erstenmal
Im Bewußtsein der Menschen um die Sonne.
Wie wachten da die Geister auf!
Die Leibeigenen rüttelten ihre Ketten,
Die Bauern standen auf im Verzweiflungskampf
Und Willen erblüheten neu. [kampf.
Aber wieder sank eine neue Nacht.
Mit Willkürherrschaft, mit Menschengemetzel
Und doch mit dreifach beschleunigtem Schritt
Ging eine neue Zeit vorüber.

Dreihundert Jahre währte die Nacht.

Da erhob sich zur Freiheit die neue Welt

Und im Welten der alten Welt
Stand ein gequältes Volk zum Sturme auf,
Und seine Stadt voll Freiheitsliebe
Erschlug die Willkür, rief aus die Losung:
Der Menschen Rechte!
Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!
Ein frischer Hauch wehte über die Völker,
Belebte die Länder!

Aber der Hauch ertönte wieder,
Mammon trat auf.
Seine gierige Herrschaft begann
Und mit der Maschine die Lohnarbeit.
Und Moloch leistet dem Mammon Hilfe.—
Und abermals nahm eine neue Zeit
Mit dreifach beschleunigtem Schritt ihren Lauf.

Einhundert Jahre rollten vorüber.

Da ward in der neuen Welt
Zu Boden geworfen die Sklavenarbeit
Der farbigen Menschen im blutigen Kampf.
Und siehe! Im Welten der alten Welt,
In derselben Stadt voll Freiheitsliebe,
Erhob sich die unterste Schicht der Menschheit
Und kämpfte den Verzweiflungskampf
Gegen Mammon und Moloch.

Seitdem rollt eine neue Zeit.

Mit dreifach beflügeltem Schritt
Jetzt fliegt die Zeit!
Und zwei Teile des neuen Drittels
Sind heute vorüber, sind heute vorbei.

Heut — hört ihr's nicht braulen?
Die Arbeitswelt steht auf.
Millionen Menschen beginnen zu rufen:
Von dreifacher Gestalt der Knechtschaft
Erlöst, so wird die Menschheit frei!
Vorbei die Sklaverei!
Die Fronarbeit vorbei!
Die Lohnarbeit vorbei!

Ein gewaltiger Hauch erfaßt die Erde
Und weckt der Menschheit Bewußtsein auf.
In der alten Welt, in der neuen Welt
Hörst du im Hauche den Schritt der Zeit,
Ein klirrendes Vorwärts!

Wir schreiten mit Jauchzen vorwärts.
Und schwillt der Hauch zum Sturm,
Wir segeln mit dem Sturm!

Leopold Jacoby.

die sonstigen Bedingungen günstiger sein. Als Arbeiter haben wir deshalb ein Interesse daran, das Angebot von Arbeitskräften weitmöglichst zu verringern.

Lange Arbeitszeit wie intensive Ausbeutung der Arbeitskraft bringt außerdem eine ganze Reihe sozialer Schäden mit sich. Sie machen den kräftigsten Körper mürbe, vielfach krank und frühzeitig siech. Wir müssen also aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Sofern wir nun Verkürzung der Arbeitszeit fordern, ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir den uns von vielen Feinden der Arbeiterbewegung angedichteten Grundlag vertreten, überhaupt nicht mehr arbeiten zu wollen. Jeder organisierte Arbeiter ist sich klar darüber, daß die Gesellschaft durch Arbeit erhalten wird und daß letztere die Mutter jeglicher Kultur ist. Wir wissen, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit unbedingt verrichtet werden muß, nur kommt es uns darauf an, daß sie vernunftgemäß betrieben und auf ein vernunftgemäßes Maß beschränkt wird. Wir wollen nicht Mehrwerte schaffen für faule Schlemmer, sondern an der durch unsere Arbeit geschaffenen Kultur sollen alle Menschen gleich viel Anteil haben. Heute ist der Nutzen des technischen Fortschritts wie der Naturkräfte in der Hauptsache nur für die gerade im Besitz der Produktionsmittel sich befindlichen Gesellschaftsmitglieder da, die wirklich Schaffenden müssen, weil sie arm sind, weiter darben, gegen Entgelt ihre Arbeitskraft verkaufen und im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen.

Auch in städtischen Betrieben hat die Ausbarmachung technischer Neuerungen nicht die entsprechend erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit im Gefolge gehabt. Es betrifft leider in rund 70 Proz. der Betriebe noch der Arbeit und Leben der Arbeiter wie ihrer größeren Anteilnahme am Leben in Familie und Staat fordern wir deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit. Aus sich selbst heraus werden die Verwaltungen sie nicht bewilligen. Es ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, allen Mitgliedern die nötige Kenntnis beizubringen, daß sie auf diese Weise auf die Verhältnisse einwirken können. Hier muß der Druck der Arbeiter von unten und die Mithilfe ihrer parlamen-

tarischen Vertreter von oben eingreifen. Jeder Kollege hat die Pflicht, beide Mächte zu stärken, seiner gewerkschaftlichen und politischen Organisation noch bedeutenderen Einfluß zu verschaffen, damit sie endlich in die Lage kommen, ein menschenwürdigeres Dasein zu führen.

Mit voller Kraft müssen die Kollegen hier einsetzen. Was in den letzten Jahren veräußert wurde, ist nachzuholen, dabei aber immer im Auge zu behalten, daß auch eine Herabsetzung der effektiven Arbeitsleistung herauspringt. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten der intensiveren Ausnützung der Arbeiter erfolgt, ist das keine Errungenschaft!

Je länger die Arbeitszeit und je größer die Ausnützung der Arbeitskraft, desto stärker der Ruin des menschlichen Körpers, desto mehr die hiermit verbundene Beeinträchtigung des Wohlstandes der ganzen lebenden wie kommenden Generationen. Nicht weiterer Degenerierung des Volkes, sondern der Hebung seiner Lage muß unser Streben gewidmet sein!

H. W.

Sittliche Kraft zur Selbsthilfe.

„Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingendste Gründe entziehen darf.“

Von der Wahrheit dieses Wortes erfährt, mehren sich Jahr um Jahr die Scharen derjenigen, deren ernstes Bestreben und unablässige Arbeit darauf gerichtet ist, durch gemeinsames, zielbewusstes Handeln dem Volk der Arbeit Menschenrecht und Menschenwürde zu erringen.

„Wer aber die Notlage der Arbeiter bekämpfen will, der muß zunächst sein Augenmerk auf die Erhöhung des Arbeitseinkommens und die Verkürzung der Arbeitszeit richten.“

Kurze Arbeitszeit und auskömmlicher Lohn oder anders gesagt: genügende Freizeit und ein kulturbedürfnissen angepaßtes Einkommen sind die unbedingt notwendigen Verhältnisse, auf denen sich die Menschwerdung des Proletariats vollziehen kann. Diese Verhältnisse zu schaffen, der Entwicklung den Weg zu weiterem Fortschreiten zu ebnen, ist Aufgabe der wirtschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter. Selbsthilfe ist das Mittel

um dem Joch der Abhängigkeit und Unfreiheit zu entinnen und zu schaffen, was dem Dichter Leopold Jacoby vorzuschwebte:

<p>Heilig in die Arbeit für und für! Der Mensch ist Arbeiter geworden, Wenige strenge Tagestunden Aus Maschinenweel gebunden, Dann in der Arbeit wohnigem Schein Bleiben sonnige Stunden sein.</p>	<p>Der Arbeiter ist Mensch geworden! Aus der Arbeit Pflichtgebände Rehrt er heim zur Lebensfreude, Zum Wägen vom Schönen, Zum Gemähen des Schönen, Zum Schaffen des Schönen!</p>
--	--

Jürwahr, ein großes, gewaltiges Werk, das höchste und herrlichste Ziel, das die Menschheit je erstrebt. Uralt und von der Entwicklung immer wieder neu verjüngt, erheben ihm wieder und wieder gläubige Jünger und überzeugte Anhänger. Es ist die alles umfassende Sehnsucht der Menschheit, deren zeitlicher Vorkämpfer in der Verwirklichung das arbeitende Volk geworden ist. Immer und immer wieder verkündet, nie veraltend, stets in ungeschwächter Kraft seinen Siegeslauf fortsetzend, stärkt es den mutlos Gewordenen, treibt es die organisierte Arbeiterkraft zu unermüdlicher hoffnungsfroher Verbesserung ihrer Lebenslage, so beständig:

„Daß die Natur hat ihren Fluch gehängt
Aus Stilleben;
Gepriesen sei die Kraft, die drängt
Zum Vorwärtsgahn!“

Ausgerüstet mit dem Glauben an die endliche Erreichung des heißersehnten Zieles, Hoffnung schöpfend aus jedem Schritt vorwärts, gestärkt und gekräftigt von jedem errungenen Erfolge wird und muß die Agitation der organisierten Arbeiterkraft eine fortgesetzte Vermehrung der Mitgliederzahlen, eine immer mehr zunehmende Erkenntnis von der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit und Steigerung werbender Kräfte herbeiführen.

„Was das Herz voll ist, des gehet der Mund über.“ der sonst stumpf vor sich hinbrütende, von der Last der Sorgen und dem Zwange der alltäglichen Tretnühle niedergedrückte Arbeitsklave wandelt sich zum beredten Verkünder der erkannten Wahrheit, zum mutigen Kämpfer für endliche Befreiung und wird zum lebendigen Beispiel für das erstrebte Ziel. Er kennt nur einen Feind, den Unverstand, der in den Köpfen der der Organisation noch Fernstehenden herrscht, und unermüdlich ist seine Tätigkeit darauf gerichtet, diesen Feind zu besiegen und zu vertreiben, sein Fühlen, Denken und Erkennen in Herz und Kopf der noch in Untätigkeit verharrenden Arbeitsbrüder zu verpflanzen. Sein Führer ist der Gedanke: „Was unklar ist, muß aufgeklärt werden; was schwer ist, muß man beharrlich tun!“

Dieser Gedanke erzeugt in ihm die Achtung vor der ehrlichen Ueberzeugung und Meinung anderer, läßt ihn sein eigenes Tun und Handeln mit den von ihm vertretenen und als wahr und erstrebenswert erkannten Idealen in Einklang bringen und so wird er durch sein eigenes Beispiel zum besten Agitator seiner Sache. Weil sein Inneres voll erfüllt ist von der Ueberzeugung, ein hohes und herrliches, der Gerechtigkeit entsprechendes Ziel zu vertreten, wirkt und lehrt er an allen Orten, zu jeder Zeit, unter allen Umständen; erweckt Hoffnung und feste Zuversicht, findet neue Mitkämpfer und fördert die Verwirklichung des Zieles. Die Erkenntnis der Größe der zu leistenden Arbeit bis zur Erreichung des Zieles bewahrt ihn davor, aus engem, philisterhaftem Egoismus heraus nur an sein eigenes Wohlergehen zu denken, wie ihm andererseits aus gewissenhafter Erfüllung seiner Organisationsarbeit die Genugtuung erblüht, seiner sittlichen Pflicht als Arbeiter und Mensch voll genügt zu haben.

Wie einer, so alle! Und so feimt und blüht, was einst in harter Arbeit gesät, und kürzer und kürzer wird die Zeit des Wartens bis zu jenem Tage, an dem die befreite Arbeit das Aufersichgehen der Freiheit feiert, der heilige Krieg der Arbeit siegreich beendet und überall, wo Menschen wohnen, der Ruf erklingt:

„Es soll fortan nicht mehr geknechtet
Und heimgesucht von Elendsqual,
Nicht mehr verachtet und entrechtet
Das treue Volk der Arbeit sein!“

Technik und Arbeitszeit.

Eine der wichtigsten und vornehmsten Forderungen, die die organisierte Arbeiterkraft an die Unternehmer richtet, ist die auf Verkürzung der Arbeitszeit. Sie begegnet auf Arbeitgeberseite dem denkbar schärfsten Widerstand und nicht selten wird sie mit Spott und Hohn abgewiesen, als Ausdruck des reinen Uebermuts der von faulenzenden Agitatoren aufgehetzten Arbeiter, die wohl hohen Lohn verdienen, aber nicht mehr arbeiten wollen. Hat doch vor nicht allzu langer Zeit der Karlsruher Stadtgartendirektor es geradezu als eine Schande für die Gärtner bezeichnet, wenn sie abends 6 Uhr schon Feierabend hätten. Nach seiner Meinung ist eine lange Arbeitszeit mit der „Verufsehre“ der Gärtner untrennbar verbunden.

Derartige Mäuge gibt es heute noch in Masse. Eine der häufigsten Ausreden ist die, daß die Arbeiter mit ihrer freien Zeit nichts anzufangen wüßten, daß sie bei kurzer Arbeitszeit im Wirtshaus sitzen und ihr Geld vertrinken würden. Daß dem aber nicht so ist, hat die Praxis tausendfältig bewiesen. Nur bei kurzer Arbeitszeit ist es dem Arbeiter möglich, sich seiner Familie zu widmen, im Kreise seiner Angehörigen Erholung zu finden und seinen Geist weiterzubilden durch anregende Lektüre, Anhören von Vorträgen und Betätigung in seiner Berufsorganisation.

Die Entwicklung der Technik ermöglicht es, in immer höherem Grade der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzukommen. Ueberall werden heute arbeitssparende Maschinen aufgestellt und die Handarbeit durch die Arbeit der Maschine ersetzt. Hunderte, ja Tausende von Arbeitern werden oft brotlos durch die Erfindung oder Verbesserung einer einzigen Maschine, die das Werkstück dessen leistet, was vorher die Arbeiter bei angestrengtester Tätigkeit leisten konnten. Und während nun der Unternehmer den ganzen Gewinn aus dieser Entwicklung in seine Taschen schieben läßt, ist der Arbeiter der Not und dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben, derselbe Arbeiter, der an der Erfindung und Verbesserung der Maschinen meist einen viel höheren persönlichen Anteil hat als der Kapitalist, der die Profite einsteckt, oft ohne daß er überhaupt den Betrieb kennt, aus dem er seine Rente zieht.

Auch in den städtischen Betrieben geht das Bestreben mehr und mehr dahin, die Handarbeit durch Maschinen zu ersetzen, die vorhandenen Maschinen zu verbessern, um möglichst wenig Arbeiter beschäftigen zu müssen. Besonders die Gaswerke der größeren Städte haben in wenig mehr als einem Jahrzehnt durch weitestgehende Anwendung von Maschinen und Verbesserung der Gasöfen ein völlig verändertes Aussehen erhalten.

Wo früher Stoble und Koks mühselig mit Schaufel, Gabel und Starre befördert wurde, sehen wir heute großartige maschinelle Anlagen, die die Stoblen zur Vergasungsstelle transportieren und den Koks wegkassieren und aufbereiten. Vertikalöfen und Kammröfen liefern eine Gasmenge, zu deren Erzeugung die vier- bis fünffache Zahl der alten Horizontalöfen notwendig wäre.

Die Straßenlaternen werden heute schon zum großen Teil durch Fernzündung automatisch angezündet und ausgelöscht. Die Folge dieser Entwicklung ist eine Reduzierung der Arbeiterzahl in den Gaswerken bis zur Hälfte des alten Bestandes und öfters werden in den städtischen Kollegen Stimmen laut, die mit Rücksicht auf die Erleichterung der Arbeit die Verlängerung der Arbeitszeit fordern und da und dort auch schon durchgeführt haben.

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht mit demselben Erfolge, wird in fast allen anderen städtischen Betrieben, wo es nur immer angängig ist, die Einführung von arbeitssparenden Maschinen und Apparaten versucht.

Es wäre nutzlos, wollten sich die Arbeiter dieser Entwicklung entgegenstellen! Der technische Fortschritt ist nicht

anzubalten, solange die Anwendung der technischen Verbesserungen den Unternehmern, und das sind ja auch die Städte, Vorteile bringt. Der Kampf der Arbeiter kann sich also nicht gegen den technischen Fortschritt richten, sondern es muß versucht werden, den technischen Fortschritt auch für die Arbeiterschaft nutzbar zu machen. Nicht dem Unternehmer allein darf die Technik die unerlässlichen Aufgaben erfüllen, sondern auch der Arbeiter hat ein Recht, an ihren Segnungen teilzunehmen. Dies kann aber nur geschehen dadurch, daß die Arbeitszeit so weit herabgesetzt wird, daß sie ein wirksames Gegengewicht gegen die Massenentlassung der überflüssig werdenden Arbeitskräfte bietet.

Dieser Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit kann aber nicht Sache des einzelnen Arbeiters sein. Seine Existenz ist durch den technischen Fortschritt meist so gefährdet, daß er als einzelner gar nicht daran denken kann, einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben, sondern froh sein muß, wenn er nicht selbst seine oft jahrelang innegehabte Arbeitsstelle verliert, die er vielleicht für eine sichere Grundlage seiner Existenz angesehen hatte. Hier kann nur die Organisation helfend eingreifen. Nur sie ist in der Lage, gestützt auf die Einigkeit und Geschlossenheit ihrer Mitglieder, nicht nur moralische Gründe zugunsten der Arbeiter anzuführen, sondern auch einen starken materiellen Druck auszuüben. Was dem einzelnen unmöglich war, das wird zur Aufgabe der Gesamtheit und der Erfolg ist um so sicherer und weitgehender, je besser und umfassender die Organisation der Arbeiter ist. Anstatt der Not und Arbeitslosigkeit, die mit der Einführung technischer Verbesserungen nun einmal in den meisten Fällen verbunden ist, bringt die Organisation dem Arbeiter Fortschritte durch Verkürzung der Arbeitszeit, die die Beibehaltung einer größeren Arbeiterzahl bedingt, und für jeden einzelnen eine Erleichterung des schweren Arbeitsjoches mit sich bringt.

Das ist aber nicht der einzige Vorteil, den die Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge hat. Wollten die Arbeiter tatenlos zusehen, wie durch den technischen Fortschritt ihre Arbeitsbrüder auf die Straße geworfen werden, ohne daß durch kürzere Arbeitszeit eine gewisse Korrektur eintritt, so würde die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemeine wachsen und der Druck der arbeitslosen Massen auf den Arbeitsmarkt würde

ein Sinken der Löhne herbeiführen, zum mindesten aber die Aussichten der Lohnbewegungen auf Erfolg so ziemlich ganz ausschließen. Bei der sonstigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung ist aber jeder Arbeiter darauf angewiesen, den vermehrten Ausgaben entsprechend seine Einnahmen zu steigern, wenn er nicht allmählich auf ein Niveau der Lebenshaltung herabsinken will, wo das Leben nur noch ein Dahinvegetieren genannt werden kann und wo jede Teilnahme an Kulturerrungenschaften und Kulturgütern ausgeschlossen erscheint.

Glücklicherweise bricht sich aber die Erkenntnis von der Wichtigkeit und Notwendigkeit des verkürzten Arbeitstages immer mehr Bahn, auch unter den städtischen Arbeitern. Und mit gutem Recht. Der Programmfaß des Gemeindegewerksverbandes, der die Einführung einer höchstens 8 stündigen Arbeitszeit fordert, steht nicht nur auf dem Papier, sondern wir haben in dieser Richtung weitgehende praktische Erfolge zu verzeichnen. Um Millionen von Stunden wird durch die Tätigkeit des Gemeindegewerksverbandes alljährlich die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter verkürzt und nach Millionen von Mark zählen die Lohnerhöhungen, die wir alljährlich als Früchte unserer Verbandstätigkeit verzeichnen können.

Diese Erfolge aber werden und müssen sich vermehren, in demselben Maße, wie die Zahl der Verbandsmitglieder wächst. Heute umfaßt der Verband erst ein Drittel der gesamten städtischen Arbeiter und mit jedem neuen Mitglied mehrt sich der Einfluß, den wir zugunsten der Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter ausüben, mehrt sich der Druck auf die Verwaltungen, der ihre Widerstände beseitigt. Darum rufen wir auch heute wieder den städtischen Arbeitern zu: Ginein in den Gemeindegewerksverband! Er bringt Euch

Schutz vor Arbeitslosigkeit,
Verkürzung der Arbeitszeit,
Erhöhung der Arbeitslöhne und damit
Vermehrung Eures Anteils an den
Segnungen der Kultur.

R. Sedmann.

Der Zug des Lebens.

Fast ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem Robert Owen seine Agitation für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit begann. Es war die Zeit des ersten, wildesten und grausamsten Einbruchs der Maschinenindustrie, da der von den neuen, ungeahnten Möglichkeiten des Profits berauschte und entmenschte Kapitalist zur besseren Ausnutzung seiner kostbaren stählernen Wunderwerke am liebsten die Maschinen Tag und Nacht hätte laufen lassen und sich darum nicht scherte, das billig und massenhaft sich anbietende Menschenfleisch bis zur vollkommenen Zerstörung ohne jede Unterbrechung auf das kreisende Rad zu schleiten. „Behälter lebender menschlicher Skelette“ nannte Owen 1815 die Spinnereien, und es war ein vor dem Ausschub des englischen Oberhauses als Gutachter gehörter Arzt, der eine 16-, 18-, 23stündige Arbeitszeit selbst für Kinder als unbedenklich erklärte. Man fragte ihn: „Da Sie bezweifeln, daß ein Kind bei 23stündiger Arbeitszeit zu leiden haben würde, würden Sie es auch bei einer Arbeit von 24 Stunden bezweifeln?“ Die sachverständige Antwort lautete: „Ich bin nicht imstande, eine Grenze unter 24 Stunden anzugeben. Außerordentliche Tatsachen haben mich veranlaßt, die Gemeinplätze, die über diesen Gegenstand Geltung hatten, nämlich, daß eine derartige Arbeitszeit schädlich sei, zu bezweifeln.“ Angesichts solch fürchterlicher Bahndeeen war es eine Forderung von revolutionärer Kühnheit, daß Owen sofort für die achtstündige Arbeitszeit eintrat. In seinem für die Agitation geschriebenen Katechismus beantwortet er die Frage: „Warum sollst du die Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich festsetzen?“ mit den das ganze Problem erschöpfenden Gründen:

1. Weil es die längste Periode physischer Anstrengung ist, welche das Menschengeschlecht — wenn man den Durchschnitt nimmt und dem Schwächeren die Ergänzungsrechte ebensowohl zugestehet wie dem

Stärkeren — ertragen kann, um gesund, intelligent, tugendhaft und glücklich zu sein.

2. Weil die modernen Erfindungen in Chemie und Mechanik eine längere Periode physischer Ausruhung nötig machen.

3. Weil bei achtstündiger Arbeit unter geeigneten Einrichtungen ein Ueberfluß an Reichtum für alle geschaffen werden kann.

4. Weil kein Mensch das Recht hat, von seinem Mitmenschen zu verlangen, daß sie länger arbeiten sollen, als für die Gesellschaft im allgemeinen gut ist, nur damit er reich werde, dadurch, daß er viele arm macht.

5. Weil es das wirkliche Interesse jedes menschlichen Wesens ist, daß jedes andere menschliche Wesen gesund, intelligent, zufrieden und reich sei.

Es hat lange gedauert, bis diese Gedanken eines edlen und einsamen Menschenfreundes eine Frucht zeitigten. Das erste Gesetz, das einen gesetzlichen Maximalarbeitstag brachte, trägt das doppelt verhelfungsvolle Datum des Jahres der Revolution und des 1. Mai. Seit dem 1. Mai 1848 wurde den weiblichen und jugendlichen Textilarbeitern Englands der Zehnstundentag gesetzlich gesichert. Mit dem Kampf um den Achtstundentag und mit der Forderung der gesetzlich beschränkten Arbeitszeit beginnt in Wahrheit die moderne Arbeiterbewegung.

Seitdem ist in den meisten Kulturländern ein Maximalarbeitstag gesetzlich eingeführt, der die Grenze der täglichen Arbeitszeit auf 11, 10 und 9 Stunden festlegt. Auf weiten Strecken ist auch der Achtstundentag durchgeführt, namentlich in den Staatsbetrieben und in Bergwerken. Ja, in den sozial vorgeschrittenen Ländern, in Australien und Neuseeland, wird bereits um die Verminderung des gesetzlichen Achtstundentags mit Erfolg gekämpft.

Es ist eine unauslöschliche Schande Deutschlands, daß es zu den ganz wenigen Staaten gehört, in denen es noch keinen gesetzlichen Maximalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter gibt. Und

Unser Koalitionsrecht.

Wit wallenden Vannern zieht am 1. Mai als dem Weltfeiertage die Proletarierarmee zum Festplatz. Welche Kräfte sind es, die über Landes- und Meeresgrenzen hinweg die Arbeiter aller Länder zu einem Gedanken vereinigt? — Die an ihnen verübte Unterdrückung und Ausbeutung durch die von einer dienstbaren Gesetzgebung unterstützte Uebermacht des Kapitals hat als treibendes Element die Arbeiterchaft zusammengeführt, um den Kampf aufzunehmen gegen den anmaßender und begehrlcher werdenden Drachen, bis er erschlagen auf der Wahlstatt verbleibt.

Dieses Recht des Zusammenschlusses der Arbeiter zur organisierten Gegenwehr mußte erst mühsam errungen werden. Unser in § 152 der Gewerbeordnung gegebenes Koalitionsrecht bildet das Rekrutierungsgesetz zur Werbung von freiwilligen Kämpfern für die Proletarierarmee. Denn Schutz, gesetzlichen Schutz gegen Unterdrückung und Ausbeutung hat die Arbeiterchaft nicht. Im Gegensatz zu andern Schichten der Bevölkerung! Die Agrarier sind durch geradezu unerträglich hohe Bölle gegen die ausländische Konkurrenz geschützt und damit in der Lage, die Arbeiter für die notwendigsten Lebensbedürfnisse den letzten Pfennig aus der Tasche zu nehmen. Und der gleiche Schutz gegen fremdländische Erzeugnisse steht der Industrie zu Gebote. Der Du gezwungen bist, die von Landwirtschaft und Industrie diktierten Preise für Deine notwendigen Bedarfsartikel zu zahlen, Deine Arbeitskraft ist nicht geschützt! Weder gegen Ausbeutung, noch gegen billigere Arbeitskräfte, die in Kolonnen hertransportiert werden, in der ausgeprochenen Absicht, die Löhne usw. der bodenständigen Arbeiterchaft zu drücken, was für Dich gleichbedeutend ist mit einer Herabsetzung Deiner Lebenshaltung. Darum mache Gebrauch von dem auch Dir zustehenden Koalitionsrecht und trage damit bei zum organisierten Selbstschutz der Arbeiterchaft. Gätten nicht Millionen von Proletariern von diesem Recht des Selbstschutzes Gebrauch gemacht und den Kampf aufgenommen, um wie vieles trauriger noch würde heute die Lage des Proletariats sein! Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, bessere Behandlung und all die sozialen Einrichtungen, namentlich in

Gemeinde- und Staatsbetrieben, mußten schrittweise und unter Opferung von Existenzen mühsam errungen werden. —

Und Du, Du, der Du abseits stehst und von dem Dir zustehenden Koalitionsrecht nicht Gebrauch machst, Du genießt all das Errungene mit! Dich klage ich hiermit an! Kannst Du vor Dir selber bestehen? —

Wenn Du es auch nicht zugeben willst, so steht es doch unerbittlich fest! Du genießt gleichfalls die Früchte der von den Arbeitern auf Grund ihres Koalitionsrechtes geführten Kämpfe; nichts aber trägst Du bei zu den Kriegskosten. Du bist es, der als Fernstehender und Unorganisierter stets eine Gefahr für das vorwärts strebende Proletariat bildet und sie an der Entfaltung all ihrer Kräfte hindert! Ja, womöglich beipötelst und beschimpfst Du noch Deine organisierten Mitarbeiter, die auch für Dich Opfer bringen!

Kannst Du diesen Gedanken ertragen? — Nein! Du kannst es nicht! Du, der Du auch mit Deiner Hände Arbeit Dein Brod verdienen mußt, Du kannst nicht als Schmarober oder gar Feind der modernen Arbeiterbewegung an deren Errungenschaften zerrn. Darum sei ein Mann und erweise Dich Deiner Arbeitskameraden würdig. Und doppelt freudig laßt der Völkerruf, wenn Du just heute am 1. Mai einer der Unserigen geworden bist!

Und der Du in Gemeinde- oder Staatsdiensten stehst, bedenke: Die Macht dieser Körperschaften ist größer noch als jene des organisierten Unternehmertums, dessen einzelne Glieder bei einem Kampf immerhin noch die eigene Existenz als Einsatz spielen. Aber um so notwendiger ist es gerade, daß der letzte Gemeinde- und Staatsarbeiter zur Fahne der modernen Organisation hält.

Haft Du nicht auch eine Familie, Söhne und Töchter, die hinaus müssen ins Erwerbsleben? — Du zitterst für deren Wohlergehen und gäbst Dein Herzblut, um ihnen den Lebensweg zu ebnen! Als Kämpfer in der modernen Arbeiterbewegung wirst Du nicht nur Deine und Deiner Familie Existenz sicherstellen, sondern auch die folgenden Generationen werden noch von der gewerkschaftlichen Gegenwartsarbeit Nutzen haben und darauf weiterbauen können.

Und sollten Dich Sorgen umfängen, daß Dir Deine Organisationszugehörigkeit zum persönlichen Nachteil sein oder daß Du bei Deinen Vorgesetzten deshalb in Mißkredit geraten

wenn trotzdem auch in Deutschland die Arbeitszeit sich in der Richtung zum Zehn- und Neunstundentag sent, so ist das ein ausschließliches Verdienst der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, des unmittelbaren wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum. Dagegen sind alle Bemühungen, die Arbeitszeit allgemein gesetzlich festzulegen, gescheitert. Die herrschende Klasse in Deutschland verharret noch heute grundsätzlich in der verjährten Anschauung, daß es das Recht des Unternehmers sei, zu bestimmen, wie lange seine Leute zu arbeiten hätten. Man hat zwar für Jugendliche und Frauen die Arbeitszeit begrenzt, aber für die erwachsenen gewerblichen Arbeiter geht es man höchstens für besonders aufreibende Betriebe den „sanitären“ Arbeitstag zu. Für diese brutale und beschränkte Weigerung eines in allen Kulturstaaten durchgesetzten Prinzips ist hauptsächlich das herrschende Agrarierentum verantwortlich zu machen, das sich dagegen sträubt, der Industrie eine bestimmte Höchstgrenze der allgemeinen Arbeitszeit zuzugestehen, weil sie davon Rückwirkungen auf die noch gänzlich rechtlosen und ungeschützten Landarbeiter fürchtet. So haben bei dem letzten preussischen Berggesetz die Herrenhäuser mit äußerster Erbitterung und unflätiger Inhumanität die Festlegung eines Maximalarbeitstages bekämpft; und als das bayerische Abgeordnetenhaus in das neue Berggesetz den Achtstundentag einfügte, besetzte die Erste Kammer wieder diese Bindung, unter Einverständnis des allerchristlichsten Zentrums.

Es ist eine nicht uninteressante Erscheinung, daß gerade der Merkantilismus in den großindustriell entwickelten Ländern dem Kapitalismus seine werttätige Hilfe und seine salbungsvollen Beweisgründe liefert. In der berühmten Enzyklika des Papstes Leo XIII. über die Arbeiterfrage wurde zwar die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft mit Worten starker Empörung gegeißelt, aber schließlich wurde nicht mehr gefordert, als daß die Arbeitszeit nicht länger sein dürfe, „als es den Kräften der Arbeiter entspricht“, und zwar abgestuft nach der Art der Arbeit und der physischen Individualität des

einzelnen Arbeiters. Hinsichtlich der Ruhezeit hielt dieser soziale Papst daran fest, „daß den Arbeitern soviel Ruhe zu sichern sei, wie zur Herstellung ihrer bei der Arbeit angewendeten Kräfte nötig ist; denn die Unterbrechung der Arbeit hat eben den Ersatz der Kräfte zum Zweck“. Für die „Seele“ wird nur die Sonntagsruhe, für den „Körper“ nur jene Wertagsruhe verlangt, die ausreichend ist, um dem Unternehmer jeden Morgen frische Arbeitskraft zu liefern. Diese merkantile Sozialpolitik fordert also die Begrenzung der Arbeitszeit um der Kapitalisten willen und verlangt durchaus keine Ruhezeit für die Arbeiter, damit sie selbst auch Wertags ihre Seele ausbilden könnten, Zeit zur Bildung, Erholung und Freude fänden; nur der Wiederherstellung der Arbeitskraft gilt die päpstliche Sorge. Es ist daher kein Zufall, daß gerade das merkantile Belgien noch unter den längsten Arbeitszeiten leidet, und daß es in Deutschland, das von dem Zentrum in liebreiche Verwaltung genommen ist, bis zur Stunde seinen Maximalarbeitstag gibt.

Von der internationalen Rundgebung für den Achtstundentag hebt die Mailfeier an. Und diese Forderung ist noch heute die Seele des proletarischen Weltfestes. Denn der Achtstundentag, in seiner ganzen Tiefe und Bedeutung erfasst, schließt alle anderen Forderungen ein. Die gewaltige Idee, daß in allen Ländern der Erde das gleiche Maß der Arbeitszeit gesetzlich festgelegt sein soll, führt in seinen letzten Konsequenzen zum erdumspannenden Völkerbunde. Mit der Beschränkung der Arbeitszeit sind natürlich alle anderen Forderungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung unloslich verknüpft.

Man mag heute nicht mehr gegen die Verkürzung der Arbeitszeit jene läppischen und frechen Einwände öffentlich auszusprechen, daß der Arbeiter seine vermehrte Ruhezeit nur in der Aneignung oder zur Ausbildung seiner umstürzlerischen Gelüste verwenden würde. Um so unermüdlicher wird das uralte Lied von der Konkurrenzfähigkeit der Industrie geleiert. Jeder Pfennig Lohn mehr, jede Minute

könntest? O, wirf diese Bedenken von Dir! Fürsten- und Vorgesetztengunst ist höchst wandelbar; sie verweht, wie Spreu im Winde. Ueber kurz oder lang wird Dich auch ein anderer verdrängt haben, mit oder ohne Organisationszugehörigkeit. Sieh hin auf Deine organisierten Nebenarbeiter, sie alle haben den Stopf noch auf. Und heute ist die Organisation doch eine Macht geworden, die ihre einzelnen Glieder zu schützen weiß. Ein altes Sprichwort sagt: „Man bemitt den Verräter und verachtet ihn!“ Auf unsere Organisation umgemünzt, lautet der Sinn auch: „Die Arbeitgeber und Vorgesetzten schätzen zwar die Unorganisierten, weil sie um so leichter den vorwärts gerichteten Bestrebungen Deiner organisierten Mitarbeiter Widerstand entgegenzusetzen können; aber innerlich haben sie für Dich absolut keinen Respekt. Beweis dafür ist die Tatsache, daß heute auch die staatlichen und gemeindlichen Beamten fast ausnahmslos selbst einer Organisation angehören.“

Kampf adelt und macht frei, verleiht Hoffnungen und entfacht neuen Lebensmut. Im Herzen der Unorganisierten wohnt nur zu oft Sorge, Trübsal und Verzweiflung. Darum heraus aus dieser dumpfen Atmosphäre und werde ein Kämpfer für unser hohes und hehres Ziel: Der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln kapitalistischer Wirtschaftsordnung.

Wie die Sonne Schritt für Schritt und kaum merklich den dräuenden Winter überwand und wunderbare, herrliche Frühlingspracht an dessen Stelle zauberte, so wirkt auch Du Dich mit dem Klassenbewußten, organisierten Proletariat zu einer besseren Zukunft emporingen. F. S.

Immer mehr Kleinagitation!

Agitieren heißt aufklären, belehren, es heißt Propaganda machen für eine ganz bestimmte Sache, in diesem Falle für unsere Organisation. Unsere Organisation kann nur dann ihre Aufgaben erfüllen, wenn möglichst viele Berufsgenossen unter ihrer Fahne und ihrem Einflusse stehen. Seit 15 Jahren agitiert und kämpft eine von Jahr zu Jahr stärker werdende Zahl von Kollegen für die Weiterverbreitung des Organisationsgedankens. In dem Bestreben, unsere Reihen so lückenlos wie möglich zu gestalten, hat man zu den verschiedensten Mitteln gegriffen, um die noch abseits-

stehenden, unaufgeklärten Kollegen zu uns heranzuziehen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Methoden, Mitglieder zu werben, zu den verschiedenen Zeiten und an den verschiedenen Orten auch stets verschieden, also den gegebenen Verhältnissen angepaßt sein müssen, wenn wir Erfolge sehen wollen. In großen, oder doch in größeren Städten genügte es früher oft, ein gut geschriebenes Flugblatt, einen kampfbegeisterten Aufruf an die Kollegenschaft zu richten, um eine mehr oder weniger stark besuchte Versammlung zu erzielen. Ein von Herzen kommendes und zu Herzen gehendes Referat tat das seinige, um eine größere Zahl von Kollegen für die Organisation zu gewinnen und eine Filiale zu gründen. Gewiß mußte auch in solchen Fällen der Versuch oft mehr als einmal unternommen werden, ehe das gewünschte Resultat erzielt wurde. Aber im großen und ganzen lag der Schwerpunkt der Agitation, lag die Hauptausbeute des Mitgliederertrages in der geschlossenen Versammlung. Daraus wiederum ergibt sich ohne weiteres, daß nur derjenige Kollege mit Aussicht auf Erfolg agitieren konnte, der die Gabe besaß, unsere Bestrebungen, unser Programm vor einer größeren Anzahl von Kollegen in leicht fasslicher und packender Form zum Ausdruck zu bringen. Und das waren bisher und sind auch heute noch immer nur verhältnismäßig wenige. Unterrichtskurse und Rednerschulen haben hier allerdings schon einige Abhilfe geschaffen.

Es ist uns im Laufe der Jahre gelungen, einen ansehnlichen Teil der Kollegen in die geschlossenen Marschkolonnen der Organisation einzureihen. Aber doppelt soviel stehen noch abseits! Nicht feindselig zwar, aber doch noch mehr oder weniger unberührt von den Ideen der Arbeiterbewegung, und scheinbar unbeweglich und hoffnungslos mit verchränkten Armen in die Zukunft starrend. Und doch ist dem nicht so, wenigstens ist es bei weitem nicht so schlimm, wie so mancher Kollege, der sich auf dem Gebiete der Agitation betätigt hat, glaubt und andere glauben machen will. Nein, es hat sich nicht nur einiges, sondern vieles geändert, dem bei der Agitation nicht genügend Rechnung getragen wird. Es geht uns etwa wie einem Landmann, der in die Wildnis ausgewandert ist, um dort sich durch Urbarmachung von Grund und Boden eine neue Existenz zu gründen. Er wird bei Inangriffnahme seiner Arbeit zunächst die günstigsten und meistversprechendsten Teile des ihm zur Verfügung gestellten Bodens bearbeiten, ist er doch darauf angewiesen, so schnell wie möglich wenigstens einigen Erfolg zu erzielen. Nichts eifert nämlich mehr an als der Erfolg, nichts lähmt den Durchschnittsmenschen mehr als der Mißerfolg! Nicht nach und nach, sich auf die erzielten Erfolge stützend und vor allem auch mit deren Hilfe, wird unser Kolonistator auch die schwierigeren Partien der Bearbeitung und somit der Kultivierung unterwerfen. So auch wir! Auch wir haben zunächst dort zugegriffen, wo die Agitation

weniger Arbeitszeit, jede Schutzvorrichtung, jede Haftpflicht des Unternehmers, jede notdürftigste Versicherung der Arbeiter und ihrer Angehörigen gegen die durch die Arbeit selbst herbeigeführten Schädigungen und Vernichtungen der Arbeitskraft — das alles ruiniert sofort die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie. Wäre diese Behauptung selbst wahr, so würde die einzige Antwort darauf sein, daß um so mehr die internationale Verständigung zwischen den Völkern notwendig ist. Warum benutzt man nicht die Handelsverträge zu internationalen sozialpolitischen Abmachungen? Hier sind doch Machtmittel der Staaten zur gegenseitigen Verständigung gegeben.

Eine umfassende Sozialpolitik setzt in der Tat die Internationalisierung der Kulturländer voraus, die Verwandlung des wilden und vernichtenden Konkurrenzkampfes in einen friedlichen Wettbewerb. Schon dadurch wirkt die Sozialreform für den Weltfrieden. Und indem die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft an den Staat durch die finanziellen Vergebungen für die unproduktiven Ausgaben des Kriegsgewerbes gelähmt werden, drängt jede sozialpolitische Forderung auf die militärische Abrüstung hin. Endlich, damit die Arbeiter ihre sozialpolitischen Forderungen an den Staat mit wirksamem Nachdruck geltend machen können, bedürfen sie in allen Ländern und auf allen Gebieten der demokratisch parlamentarischen Verfassung, des allgemeinen Wahlrechts, der Selbstverwaltung, der Koalition.

Gerade in diesem Jahre ist es nützlich, sich der ungeheuren und unzählbaren Triebkraft jener sozialpolitischen Grundforderungen zu erinnern, aus denen die Raifeler hervorgewachsen ist.

Die rote Fahne, auf der die Forderung des Achtstundentags leuchtet, ist auch die Fahne des Völkerfriedens. Der Siegeszug des Achtstundentags ist noch immer der Zug des Lebens. K. E.

Der Menschheit Sehnsucht.

Ich möchte, eine lohnende Flammenglut,
Rein Sehnen werfen in die dunklen Nächte,
Ich möchte brennend peitschen euer Blut,
Wenn dieser Brand euch die Erlösung brächte,
Erlösung! frei empor zu lichten Höhen!
Was steht ihr jagend in der Nächte Dunkel?
Ihr jagt, ihr könnt das goldene Ziel nicht sehn
Und auf dem Weg gib't nicht viel Sterngefuntel.
Und doch, in eurer tiefsten Seele klingt
Wohl auch ein Lied von goldenen Freiheitstagen,
Nur, daß sein Laut nicht auf die Lippen dringt,
Denn eure Lösung heißt: gebuldig tragen!
Kommt nie der Tag, an dem ihr euch versteht,
Euch selbst, und all das tiefe, tiefe Sehnen?
Der Tag, an dem ihr aufricht vorwärts geht,
Den Blick zur Sonne, ohne Not und Tränen?
Ihr Jagen, Müden, wachet auf, wachet auf!
Die ganze schöne Welt woll'n wir erringen.
Nichts hemmt der ew'gen Sonne Siegeslauf,
Ihr Strahl muß auch die tiefste Nacht durchdringen.
Ja, einmal steigt der Menschheit großer Tag.
Nun laßt uns kämpfen, daß es Wahrheit werde,
Trotz Not und Tod und was auch kommen mag:
Ein freies Menschentum auf freier Erde! Clara Bohm-Schau.

Erwache und kämpfe!

Du schläfst noch, teilnahmsloser Welt?
Wenn rings die Welt in Waffen steht,
Wenn neues Gassen, wenn Frühlings-
ahnung
Gläsernd durch alle Lande geht:
Du schläfst!

Wach auf und sieh in die kämpfende Welt
Und dich der Arbeit stolze Wehr.
Das Volk der Arbeit sammelt sich,
Du müder Schläfer, wir rufen auch dich
Zu der Arbeit trotzigem Weltkrieger:
Steh auf!

une möglichst vielen und schnellen Erfolg versprach. Ganz naturgemäß war das in den großen und größeren Städten der Fall, wo unsere Kollegen in entsprechender Zahl und zum Teil auch schon berührt von der allgemeinen Arbeiterbewegung vorhanden waren. Außerdem gestattete die Großstadt es den ersten Pionieren unserer Organisation, sich leichter der Verfolgung zu entziehen und, falls nötig, in anderen, privaten Betrieben Unterschlupf zu suchen. Denn die Stadtgemeinden oder deren Handlanger in Gestalt von sogenannten oder auch wirklichen Vorgesetzten glaubten (ganz wie die Scharfmacher in der Industrie) die Bewegung, die Idee zu töten, wenn sie die einzelnen Träger und Verkünder der neuen Lehre brotlos machten.

Aber nichts von alledem! „Ihr hemmt uns wohl, aber Ihr zwingt uns nicht!“ Dieses Dichtermotiv behielt bisher seine Geltung. Unser Vordringen wird aber deshalb schwieriger, weil das Rekrutierungsgebiet, genau wie bei dem kolonisierenden Landmann der Boden, immer weniger ergiebig wird. Bisher haben wir mehr Raubbau treiben können, wir haben die günstigeren und größeren Erfolg versprechenden Gebiete bearbeitet. Jetzt gehen wir mehr und mehr dazu über, in die mittleren und kleineren Städte einzudringen. Jetzt ist die planmäßig betriebene Kleinarbeit notwendig. An Stelle der großen Agitationsversammlungen tritt jetzt die weit mühevollere, geräuschlosere Kleinagitation. Gewiß, wir werden auch in Zukunft die großen Versammlungen nicht entbehren können. Handelt es sich z. B. darum, die Gesamtkollegenchaft einer Gemeinde zu einem Frontangriff ins Feuer zu führen oder gegenüber brutalen Zumutungen ein donnerndes: „Bis hierher und nicht weiter!“ zu energischem Ausdruck zu bringen, dann wird die Massenversammlung und damit auch die Wirkung des Agitators als Redner noch die alte uneingeschränkte Würdigung finden müssen.

Wir stehen in permanentem Kriegszustand! Zum Kriegsführen gehört aber nicht nur Geld, sondern, in noch weit höherem Maße, Soldaten! Beschuile und disziplinierte Soldaten. Unsere Armee ist noch zu sehr auf die größeren Städte beschränkt. Diesen ist das Vorwärtstommen erschwert, wenn es nicht gelingt, die kleineren Städte schrittweise nachzuholen. Wollen wir das, müssen wir aber die Kollegen der Kleinstädte haben! Wollen wir diese Kollegen, müssen wir auch die Mittel wollen, mit Hilfe deren wir sie nur bekommen können. Das sind aber nur noch in den seltensten Fällen Versammlungen, zum mindesten sind sie es nicht im Anfange. Den Versammlungen muß eine andere, eine stillere, zeitraubendere und mehr oder weniger schwierigere Tätigkeit vorausgegangen sein. Und das ist eben die Kleinagitation! Ihr muß mehr Beachtung geschenkt werden. Trotz aller Einladungen, Flugblätter und sonstigen Bekanntmachungen muß unser in der Agitation stehender Kollege sehen, daß er immer wieder allein oder doch fast allein sich in dem bewußten Lokale einfindet. Und er hat es doch den Kollegen so deutlich und klar auf der Einladung vor Augen geführt, daß er nur zu ihrem eigenen Besten, nur im ureigensten Interesse der Kollegen selbst, diese Versammlung einberufen hat! Und nun trotzdem dieses traurige Resultat! Ein altes türkisches Sprichwort wird ihm hier den Weg zeigen: „Kommt der Berg nicht zum Propheten, dann muß der Prophet zum Berge gehen!“ Und so ist es auch! Geben wir also zu dem fernstehenden Kollegen, der nicht zu uns kommen will.

Zunächst wappne man sich mit Geduld und Ruhe, nicht minder aber mit dem notwendigen Material, mit Hilfe dessen wir dem Kollegen die Notwendigkeit und die erfolgreiche Tätigkeit der Organisation nachweisen können. Unsere Presse, unser Statut, unser Programm, unsere Jahresberichte und vor allem unsere Statistiken über Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeiterfürsorge, sowie die Protokolle über die Gasarbeiter- und Krankenpflegerkonferenzen werden unsern agitierenden Kollegen alles, was er braucht, an die Hand geben. Man ärgere sich nicht und schimpfe auch nicht mehr in Zukunft

darüber, daß dieser oder jener noch nicht organisiert ist, sondern man fertige sich eine Liste der Adressen solcher hartnäckiger Sünder an und beginne diese planmäßig durch Hausbesuche zu bearbeiten. Man überlasse aber diese Arbeit nicht etwa nur dem Filialvorstande oder man „beantrage“ nicht nur, daß eine Agitationskommission gewählt werde, der diese Tätigkeit übertragen wird, es sei denn, man erkläre sich selber zur Uebernahme eines Amtes bereit. Man lege selber Hand ans Werk. Große, wohlstilisierte Reden sind hier nicht zu halten. Hier heißt es: „Der Vogel singt zu jeder Frist, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.“ Man halte sich stets vor Augen, daß es nicht die vorwärtsdrängenden Elemente, sondern mehr die Kleingeister, die Engherzigen, die Wenn- und Aberleute sind, mit denen man es zu tun bekommt. Tausendfältige Ausreden und „Bedanken“ muß man tausendfältig zerstreuen können. Aber nicht nur Klein, sondern sehr oft auch Kleinlich sind die Kollegen, die wir hier kennen lernen. So mancher sagt uns, er wäre längst dabei, wenn dieser oder jener nicht Vorsitzender oder Kassierer wäre. Oder

man erfährt auch, daß so mancher, den man für nicht organisierbar gehalten hat, schon jahrelang in einem anderen Verbände organisiert war, oder sogar auch noch ist! Bei anderen wieder ist es die „bessere Hälfte“, das „Schwache“ und leider oft so unheimlich starke Geschlecht, das ihn verhinderte, mit seinen Kollegen gemeinsam Hand in Hand zu arbeiten. Hier heißt es, alle Geduld und Geschicklichkeit anwenden und das Ziel unverrückbar im Auge behalten. Man halte sich vom unwürdigen Betteln um den Eintritt in den Verband ebenso fern wie vom unangebrachten Grobwerden. Man schiebe auch nie ohne besondere Veranlassung das Unterstützungswesen in den Vordergrund, sondern behandle dieses als eine Neben Aufgabe der Organisation. Wohl wollen wir Kämpfer und Soldaten, aber nicht um jeden Preis; auch nicht solche, die gar keine Kämpfer sind! Man geht um die Zeit des Schichtwechsels in die Nähe der Arbeitsstellen und versucht mit den Kollegen Gespräche über das Arbeitsverhältnis anzuknüpfen. Man arrangiere auch an Sonn- und Feiertagen gemeinsame Ausflüge in die Nachbarstädte, um mit den dortigen organisierten Kollegen den Zusammenhalt zu pflegen oder mit den Unorganisierten Zusammenschluß zu suchen. Hier bei dieser Gelegenheit kann jeder mitarbeiten, jeder Kollege mache es sich zur Pflicht, stets für die Stärkung der Organisation sein möglichstes zu tun. Auf einen Nies fällt nicht immer ein Baum, es gibt unter den zu Verbänden eigensinnige und unausgesäerte, recht haberrische und auch neummalklugen Leute, die, ohne gerade schlecht zu sein, doch noch nicht

begriffen haben, daß man sich in einer Organisation immer nur im Interesse und zum Wohle der Gesamtheit betätigen kann und darf. Manchen sucht man besser allein auf, manchen besser in Gemeinschaft mit noch einem oder zwei Kollegen. Man sieht, hier liegt ein Arbeitsfeld vor uns, auf dem sich wohl jeder einzelne Kollege betätigen kann.

„Das haben wir alles schon versucht“, höre ich manchen sagen. Und doch trifft es zu, wenn wir behaupten, wohl ist die Notwendigkeit der Kleinagitation schon oft anerkannt und ihre Ausübung beschlossen worden, aber — mit der Ausführung selbst ist noch nicht oft genug Ernst gemacht worden. Und da liegt der Hase im Pfeffer! Etwas weniger derartige „Beschlüsse“, dafür aber mehr praktische Betätigung, das ist es, was uns not tut. Nicht alle Kollegen werden wir bekommen, weil wir aus Reinlichkeitsrücksichten auf einen Teil schon von vornherein verzichten müssen. Denunzianten und Warocheure, Schleimer und anderes Gefindel lassen wir mit Berachtung links liegen. Aber alle, die im Grunde genommen ehrliche Seele sind, die uns nur aus Unkenntnis oder Verärgerung oder aus sonstigen kleinlichen Gründen fernstehen, die müssen wir haben! Wir bekommen sie auch auf dem Wege und mit dem Mittel der Kleinagitation, denn „steter Tropfen höhlt den Stein“, F. r.

Wie kann die Arbeiterklasse siegen?

Die Unternehmerschaft hat in weit höherem Maße als bisher die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der fachgewerblichen Organisation begriffen und durchgeführt, nachdem sie anfangs von einer solchen Organisation nichts willen wollte. Erst Schüller, wurde sie bald Meister.

Das zwingt die Arbeiterklasse, der Unternehmerschaft zu folgen. Will sie ihre künftigen Kämpfe mit Erfolg für eine bessere Lebensstellung siegreich führen können, so muß der letzte Arbeiter, dem Beispiel seines Ausbeuters folgend, sich in die gewerkschaftliche Organisation seines Berufes begeben.

Aber auch der letzte Arbeiter muß endlich begreifen, daß, wie die Unternehmer nicht die Torheit begehen, sich wegen ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu spalten, sondern einander, ob Katholik oder Protestant, Jude oder Atheist, konservativ, liberal oder demokratisch denkend, sich in einer Berufsorganisation vereinigen, der Arbeiter noch viel weniger sich den Luxus einer solchen Spaltung der beruflichen Organisationen erlauben darf. Mit Recht jubeln die Unternehmer über dieses selbstmörderische Treiben der Arbeiter, wenn sie sich auch hüten, diesen Jubel öffentlich zu zeigen.

Nur die volle Einigkeit und Einheit der Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen Organisation verbürgt und vor allen Dingen erleichtert ihr ihre Siege und erleichtert Niederlagen. (August Bebel an den achten Gewerkschaftskongress.)

Der erste Mai und die Frauen.

Wieder einmal zieht durch die Welt ahnend sehnsuchtschweres Frühlingsklingen. Nie wird der Zauber des Naturerwachens ärmer werden für uns lebendürstende Menschenkinder, so oft wir ihn auch immer sehen — erblühend und sterbend —, denn dieser Zauber löst verheißend den gärenden Trieb unserer Seelen nach schwellender, blühender Freude, nach jubelnden Liedern und hellem, jungem Glück. Warum zieht es uns alle im Frühling so übermächtig fort aus den grauen Städtewauern, fort in Farbenglanz und Blütenhauch und kristallklare Vergnügen? Es lockt uns die Schönheit, die Sonne, die lichte, berauschende Freiheit. Wir tragen es alle in uns, dieses milde Freiheitssehnen, diesen Durst, zu atmen in vollen, erquickenden Zügen. Glücklich der, der nur einmal wenigstens hinaus kann, den Blick gerichtet auf die unendliche Schönheit des Meeres oder die ruhevollende Größe der schneebedeckten Bergespitzen. Aber wie wenige dieser Glücklichen sind wohl vorhanden!

Die Menschheit hat sich selbst verdammt zu ewiger, freudelos mühseliger Arbeit, sich selber hat sie aus dem Paradies vertrieben, verurteilt zu traurigem Fronen, nicht weil Eva einst pflückte vom Baume der Erkenntnis, sondern weil diese Erkenntnis noch verschlossen liegt für Millionen unserer Menschenbrüder und -Schwestern, und weil darum Wissen und Schönheit und Freude ein Besitztum geworden sind für wenige Auserwählte, statt in herrlicher Frühlingsfülle die ganze Erde und alle ihre Kinder zu durchsonnen. Nur die Träume der Menschen haben ewig eine goldene Zukunft, in der die Erde allen gehörte, in der die Freude ihre leuchtenden Flügel über alle Erdenkinder spannte. . .

Heut ist dieser Märchentraum der Menschheit uns zu einem hellen Glauben geworden; hoffnungsfreudig wehen die roten Fahnen des Sozialismus um die ganze Kulturwelt. Die Millionen kampfesfroher Proletarier, die sich heut am Weltfeiertag der Arbeit in starker Einigkeit die Hände reichen, sie sind die Bürgen, daß dieser größte Menschheitsglaube nicht eine vergängliche Religion wie viele andere, sondern ein ernstes Kampfesziel für eine nahe Zukunft ist. . .

Noch aber steht ein mächtiges Feindesheer gewappnet gegen die neue Wahrheit; noch fehlen unter ihren Fahnen viele Tausende von denen, für die sie Freude und Freiheit verheißt, noch fehlen vor allem Tausende und Hunderttausende von Frauen in den Reihen ihrer Bannerträger.

Wohl hat auch in dem Frauengeiste das scheidende Jahrhundert eine neue Sehnsucht wachgerufen; auch das Weib hat in der Schmach tiefster sozialer Knechtschaft einen Weg der Freiheit gesucht und nach langem, mühsamem Ringen sich auf sich selbst besonnen. Auch den Frauen soll die Zukunft die Erfüllung sein eines Lebens unerer Wahrheit, voll kraftvoller Liebe und stählerner Tätigkeit. Doch dieses neue Ideal des Frauentums überhaupt, ihm stehen die großen Scharen der Proletarierfrauen noch fremd und teilnahmslos gegenüber. Was sollen ihnen jene Fragen nach den Möglichkeiten und der Natur des Weibes, wie sie den bürgerlichen Frauenkampf beherrschen? Sie leiden wahrlich ja nicht Mangel an eifriger, anspannender Tätigkeit. Im Gegenteil. Sie haben überaus viel davon, ob sie nun tagsüber gebannt sind in den Dienst der Maschine, die Zeugnis unserer allgeprüffenen Kultur, in unheimlich hastender Bewegung Werte auf Werte schafft, während die trübenden Sklaven, die sie an ihre Eisenketten schmiedet, notdürftig ihr Dasein fristen — ob sie sich verzehren in haltender Mühsal in eigenen, armfertigen Räumen, um für kümmerlichsten Lohn für sich und ihre Kinder zu schaffen, oder ob sie in fremdem Hause, in anderer

Dienst ein Leben freudloser Arbeit leben. Sie, die Proletarierinnen, müssen wohl in bitterer Hohn lächeln ob der tief sinnigen Botschaft der Gelehrten, daß die Ritterschaft die einzige Erfüllung der Weibnatur und die pflichtgetreue Erziehung ihrer Kinder die der Frau vom Himmel selbst gewiesene Aufgabe sei. Für sie, die große, große Mehrzahl aller Frauen hat, wie es scheint, die Natur in ihrer weisen Vorherbestimmung zu sorgen vergessen. Ihnen gab sie nicht die Möglichkeit, ihre Kinder in kräftiger Pflege aufzuziehen, sich mit ihnen zu tummeln in frischer, belebender Waldluft, ihre Seelen in fröhlichem Spiel, in plaudernder Belehrung zu erkennen und zu entsalten; ihnen gab sie nur die Qualen und die zehrenden Sorgen der Mutterschaft ohne deren jubelnde Freuden.

Und die Entwicklung ihres eigenen Geistes? Auf der Proletarierin lastet die Knechtschaft und die seelenzerreibende Mühsal so schwer und drückend, sie ist so gebannt durch Mangel und Not, für sie liegen die Quellen des Wissens und des Denkens so tief vergraben, daß der Funke der Erkenntnis nur vereinzelt in den stärksten

und kühnsten unter ihnen aufzukommen vermochte. Sie kann sich ja nicht durchringen zum Bewußtsein der Fähigkeiten, die in ihr schlummern, der Lebens- und Glückstriebe, die ewig niedergehalten, unausgelebt in ihr verdorren. In ihr verdorren oder nur zu oft gewaltsam und zügellos hervorbekommen, um sie dann nur noch tiefer hinabzubrüden. Denn will ja einmal auch ein Proletarierkind nippen von dem köstlichen Trank des Lebens, glüht auch in ihrem Herzen einmal stürmische Sehnsucht nach harmlosem Genießen, nach Frühlingswahn und Sonnenschein, nach Schmutz und Tanz und Lust, so findet sie wohl der Menschenfreunde übergenug, die ihr diesen Weg gar gerne weisen; aber wir alle wissen, wie bald er hinabführt in Dunkel und Elend, in Siechtum und Verachtung. Und die weisen Sozialpolitiker, die solche Erscheinungen dann nur zu erklären wissen durch Bußsucht oder Vasterhaftigkeit, die Frauen alle, die da eintreten für eine Vollenkung des Weibes, aber auf jene Unglücklichen und Verachteten mit vornehmem Tugendstolz herabsehen, sie vergessen nur allzu leicht, daß die lebendigen Triebe des Geistes nichts Festgefügtes sind, sondern daß ihr Werden durch das Erdreich bestimmt ist, in dem sie wachsen, daß die gleichen Samen zu frischer Lebenskraft, Liebe und Leidenschaft erblühen könnten, die dort zu Robheit und Gemeinheit entarten.

Denn nicht, wie die Dreimalweisen sagen, die Natur hat die Menschheit bestimmt zu dem, was sie wurde; nicht die Natur hat Qual und Armut werden lassen inmitten der Quellen überströmenden Reichtums; nicht die Natur hat den

Menschen in düster lichte Räume gebannt inmitten lachender Frühlingswälder, nicht die Natur hat junges, jubelndes Liebesleben in Schmutz und Niedrigkeit verzerrt: der Urgrund all unseres Elends ist einzig die wahnsinnige Verkehrtheit unserer Gesellschaft, die, überfüllenden Genuß für wenige Tausende zu schaffen, Hunderttausende Not und Entbehrung preisgibt, Millionen zu Sklaven entwürdigt. Erst wenn die Menschheit hinweggeschritten sein wird über diese Gesellschaft, erst wenn sie sich hindurchgerungen hat zu einer wahrhaft sozialen Organisation des Lebens, erst dann wird diese blühende Erde wieder eine Stätte sein des Menschen Glücks, eine Stätte hoher Kultur und geistiger Freiheit. Dieses gewaltige Ziel ist wert eines gewaltigen Kampfes. Mag dieser Kampf auch Opfer an Opfer kosten, mag der endliche Sieg für uns, die Lebenden, noch in dämmernder Ferne schweben, er rückt näher mit jedem kleinsten Vormarsch des weltbefreienden Glaubens, näher mit jedem neuen Streiter, der zu den Fahnen des Sozialismus schwört.

W. Z.

Mertworte.

Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung ist, man soll sich nicht als Gegner im Kampf ums Dasein zerfleischen, sondern als Bruder gemeinsam die Errungenschaft der Kultur besitzen. Dahin gelangen kann auch die Menschheit auf dem Wege der Entwicklung. Auch die sozialistische Neuordnung wird nicht gleich das Paradies auf Erden schaffen, sondern die Neuerung nur als eine höhere Kulturstufe anleihen. Wenn von christlicher Seite eingewandt wird: „Die Menschen sind einmal auf Erden schlecht, es wird hier nicht besser,“ so teile ich diese Stimmung nicht. Der Mensch muß einem Ideal nachstreben. Es ist nicht nötig, daß Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Aufwärts muß die Menschheit streben, damit sich das Volk als ein Volk von Brüdern fühlt. Auch Jesus hat nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern weiter wachsen soll, sondern sein Wille war, daß die Menschen wie Brüder sein sollen. Auch in der radikalen Arbeiterbewegung kann man dem Christentum Verwandtes finden. Unerträglich ist es, zu hören, wenn man drei Millionen deutscher Arbeiter als eine Bande von Mordbrennern und Vaterlandsverrättern schmäht, obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Glaube an die Zukunft des Volkes zeigt!

(Pfarrer Cordes, Hamburg, in einer Rede vor dem Arbeiterverein in Mörs.)



Lohnstarif in Würzburg.

Im herrlichen Maintale, umgeben von ammutigen Höhen, durchzogen von gutgepflegten Parkanlagen mit lustig plätschernden Bierwasserläufen, liegt die Frankennmetropole Würzburg. Keimlichkeit der Straßen, Kanalisation, Beleuchtung und sonstige städtische Einrichtungen zeugen von dem Wirken der städtischen Arbeiterkass. Nicht so glänzend sind aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter, die trotz der Verbesserungen innerhalb der letzten Jahre immer noch sehr reformbedürftig sind. Besonders das verfloßene Jahr brachte den Kollegen arge Enttäuschungen. Eine im Februar 1911 geforderte Feuerungszulage wurde rundweg abgelehnt. Jedoch vollständig rigoros wollte man sich doch nicht zeigen; und so beschloß man, den leistungsfähigen, braven und nach dem Geschmack gewisser Herren alle guten Eigenschaften besitzenden Arbeitern eine Lohnzulage zu gewähren. Wenn auch zugegeben werden kann, daß die Betriebsleiter bei solchen Aufbesserungen objektiv und sachlich zu verfahren suchen, ist es doch eine Ungerechtigkeit, nur einigen Arbeitern Lohnzulagen zu gewähren und die anderen leer ausgehen zu lassen.

Um dieses Lohnverhältnis zu beseitigen, reichten die Arbeiterausschüsse im September vorigen Jahres einen Lohnstarifenwurf ein. In diesem wurden Wochenlöhne in der Höhe von 12—18 M., 19—25 M., 22—28 M. und 25—31 M. verlangt. Da jedoch die ausschließenden Stadtväter kurz vor den Gemeindevahlen keine solche große Verantwortung, wie die Genehmigung eines Lohnstarifes, auf sich nehmen wollten, wurde die Angelegenheit verschoben. Die städtischen Arbeiter aber, welche erfahrungsgemäß wissen, wie lang es dauert, bis auf dem Rathaus je wehende Arbeiterfragen erledigt werden, suchten im Dezember durch die Arbeiterausschüsse neuerdings um Gewährung einer Feuerungszulage nach.

Nun endlich reifte der Entschluß, doch etwas zu tun. Dem Sozialen Ausschuß wurde ein Lohnstarif, der 4 Klassen vorsah, zur Vorberatung überwiesen. Die Feuerungszulage hingegen wiederum abgelehnt. Die Beratungen im Sozialen und Finanzausschuß sowie der Betriebsleiter machten aus den vorgezeichneten vier Lohnklassen sieben. Anfangs- und Höchstlohn ließ man jedoch wie beim ersten Vorschlag bestehen. Der nunmehr von beiden städtischen Kollegien genehmigte Tarif sieht folgende Lohnsätze vor:

Klasse 1: Monteur-Vorarbeiter, Elektromonteur 1. Klasse und Zählerkontrollreure Anfangslohn 4,50 M., Höchstlohn 6 M.

Klasse 2: Aufseher, Zählermechaniker, Apparatenwärter Anfangslohn 4,30 M., Höchstlohn 4,90 M.

Klasse 3: Vorarbeiter, Monteur 1. Klasse, Werkzeugmacher, Mechaniker Anfangslohn 4,10 M., Höchstlohn 4,60 M.

Klasse 4: Maurer, Steinbauer, Rohrlager-Vorarbeiter, Elektromonteur 2. Klasse, Zählerableser, Siltschmaschinen, Maschinenschlosser, Motorfahrzeugführer, Partieführer, Zollabobmann Anfangsgehalt 3,00 M., Höchstgehalt 4,40 M.

Klasse 5: Kanalvorarbeiter, Kanalspülmeister, Straßenbau-, Straßen- und Lagerplatzvorarbeiter, Pflasterer, Wagner, Schreiner, Dachdecker, Zimmerer, Gärtner 1. Klasse, Monteur 2. Klasse, Spengler, Gürtler, Kupfer Schmiede, Schmiede, Tümbler, Siltschbeizer, Betriebschlosser, Maschinenwärter, Dreher, Akkumulatormonteur, Siltschmonteur und Kabelleger Anfangslohn 3,70 M., Höchstlohn 4,20 M.

Klasse 6: Wehgehilfen, Gärtner 2. Klasse, Rohrlager, Motorenarbeiter, Siltschschlosser, Schmiedehelfer, gelernte Lagerarbeiter Anfangsgehalt 3,20 M., Höchstgehalt 4 M.

Klasse 7: Packeinfortierer, Rörtelmacher, Kanalarbeiter, Siltscharbeiter, Wequmacher, Straßenarbeiter, Straßenlehrer, Spritzmänner, Schichtabfuhrbegleiter, Abortreiniger, Monteurhelfer, Wagenarbeiter, Laternenputzer, Messelputzer, Stallwärter und Tagelöhner Anfangsgehalt 3,20 M., Höchstgehalt 3,70 M.

Die Steigerung beträgt in jeder Klasse 50 Pf. und erfolgt dreimal jährlich um 10 Pf. und dann nach Ablauf von je zwei Jahren zweimal um 10 Pf. pro Tag, so daß in sieben Jahren der Höchstlohn erreicht ist. Mit der Einführung des Lohnstarifes wurden die volljährigen Arbeiter um 20 Pf. und die minderjährigen um 10 Pf. pro Tag aufgebessert. Um den Arbeitern wenigstens etwas entgegenzukommen, wurde die Aufbesserung rückwirkend vom 1. Januar 1912 ab gemährt.

Mit der Lohnstarif an und für sich als ein Fortschritt zu betrachten, so blieb man jedoch weit hinter den Wünschen der Arbeiter zurück. Es ist also ein Tarif, der in seiner jetzigen Form nicht von langer Dauer sein kann. Die ersten Lohnklassen ließen für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter nur auf dem Popul. Zudem haben noch zwei von sieben Betrieben nur einzelne Arbeiter in die

erste Lohnklasse eingereiht. Bei verschiedenen Anlässen haben die Betriebsleiter andere Gutachten über ihre Arbeiter abgegeben, als es hier im Lohnstarif zum Ausdruck kommt. Die verlangten Wochenlöhne wurden ebenfalls abgelehnt. Jedenfalls denken unsere Stadtväter, die Arbeiter können an den 18 Feiertagen jährlich von Lust und religiösen Lebungen leben. Wie lange wird in dieser Beziehung zwischen zum Teil gut bezahlten Beamten und spärlich entlohnten Arbeitern noch mit zweierlei Maß gemessen? Die sonderbarsten Geistesprodukte kommen bei Beratung von Arbeiterfragen zum Vorschein. So meinte ein hiediger Schreinermeister: „Er habe mit wirklichen Arbeitern gesprochen, die gerne für dieses Geld bei der Stadt schaffen würden.“ Hierüber viel Worte zu verlieren, ist überflüssig, denn ein solches Bital spricht für sich selbst. Wer eben von den heutigen sozialen Verhältnissen nichts versteht, der sollte mit seiner Weisheit am grünen Tische schweigen. Auch die Meinung, daß dieser Lohnstarif das äußerste sei, was für die Arbeiter getan werden könne, wird nicht die erwünschte Zufriedenheit schaffen. Zu einer Zeit, wo eine Reihe von Städten ihren Arbeitern und Unterbeamten Feuerungszulagen gewähren, da hat man trotz wiederholten Nachjehens nicht das mindeste getan, um die Not nur um etwas zu lindern. Manche städtischen Betriebe werfen ganz ansehnliche Reingewinne ab, demgegenüber die Mittel für Aufbesserung nur lächerliche Summen sind. Dabei ist zu bedenken, daß wahrscheinlich noch nicht einmal dieses erreicht worden wäre, wenn nicht die Sozialdemokraten auf dem Rathaus mit aller Entschiedenheit für die Sache eingetreten wären.

Den städtischen Arbeitern aber sei eindringlich zugerufen: Höret nicht mehr länger, eure Organisation zu stärken! Sorgt dafür, daß auch der letzte städtische Arbeiter in unsere Reihen tritt; denn erst wird die Organisation eine Macht darstellen, durch welche eure Lebensverhältnisse schneller und wirksamer verbessert werden!

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 20. April 1912.

Eine ebenso kurze wie langweilige Beratungswoche liegt hinter uns, die erste nach den am 16. April zu Ende gegangenen Osterferien. Es wird noch immer der Haushaltplan (Etat) für 1912/13 durchberaten. Und zwar standen die beiden Abschnitte zur Diskussion, die dem Reichseisenbahnamt und dem Reichsjustizamt zugehören. Beim Reichseisenbahnamt kamen hauptsächlich Abgeordnete zum Wort, die allerhand Eisenbahnschmerzen ihrer eigenen Heimat vorzutragen hatten; das Reichsjustizamt aber gab, wie alljährlich, den Juristen unter den Abgeordneten Gelegenheit, juristische Spezialfragen und Angelegenheiten zu erörtern. So notwendig beides bis zu einer gewissen Grenze sein mag, so verhältnismäßig wenig dürfte das Vorgetragene gerade die Leser dieser Wochenberichte interessieren. Wir wollen daher nur die zwei Einzelpunkte herausgreifen, die auch erörtert wurden und die des allgemeinen Interesses der gesamten Arbeiterschaft sicher sind. Der eine wurde bei der Beratung des Reichseisenbahnamts, der andere bei derjenigen des Reichsjustizamts vorgebracht.

Der erste Punkt betraf die Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals. Es wurde nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von fortschrittlicher und sogar nationalliberaler Seite festgehalten, daß sie viel zu lang sei, daß infolgedessen eine geistige und körperliche Überanstrengung der betreffenden Angestellten eintrete, und daß die immer noch häufig genug vorkommenden Eisenbahnunfälle zum großen Teil darauf zurückzuführen seien. Die Folgen hätten die Eisenbahner und das reisende Publikum zu tragen, die bei solchen Unfällen Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müßten. Es wurde deshalb eine gesetzliche Regelung dieser Dienst- und Ruhezeit verlangt. Der Präsident des Reichseisenbahnamts hatte den merkwürdigen Mut, die gemachten Behauptungen zu bestreiten. Er gab selbst eine Statistik über die Arbeitszeit der Eisenbahner zum besten, die seine Auffassung unterstützen sollte. Der Sozialdemokrat Rogbert aber wies nach, daß selbst nach dieser sehr schon gefärbten Statistik ein knappes Viertel aller Eisenbahner eine 10- bis 10stündige Arbeitszeit zu haben pflegen! Der Sozialdemokrat Reichhaus erwähnte einen Fall aus Halle, wonach ein Betriebsbeamter während voller 46 Stunden Dienstzeit nur 6 Stunden Ruhezeit hatte! Der Eisenbahnpräsident lehnte trotzdem ein Eingreifen zum Zweck der Verkürzung der täglichen Dienstzeit ab, weil auch nur je eine Stunde täglicher Verkürzung dem Reiche — 45 Millionen Mark Arbeitslohn mehr kosten würde! Das heißt: um des schönen

Profits willen soll Leben und Gesundheit der Angestellten wie des reisenden Publikums weiter wie bisher in Gefahr gebracht werden!

Der andere Punkt, der beim Reichsjustizamtsrat vom Sozialdemokraten Stadthagen vorgebracht wurde, ist noch viel ernsterer Natur. Er dreht sich um die alljährlich immer von neuem zu konstatierende Erscheinung, daß in häufigen Fällen Gerichte äußerst mild urteilen, wenn es sich um Angeklagte aus dem besseren Bürgertum handelt, daß dagegen die Urteile ungeheuer hart und schwer ausfallen, wenn Arbeiter auf der Anklagebank sitzen. Nicht als ob das die urteilenden Richter aus Vöswilligkeit täten. Aber sie sind selbst so sehr erfüllt von den Vorstellungen ihrer Klasse, nach denen ein Arbeiter ein in vieler Beziehung minderwertiger Mensch ist, daß sie ganz unwillkürlich zu solchen „Verurteilungen aus dem Geiste der Klassenjustiz heraus“ gelangen. Stadthagen führte hierfür eine ganze Reihe der allerbarbarischsten Fälle vor. So wurde nach seinen Angaben ein Schuhmann wegen Amtsmissbrauchs, trotz schwerer Robeiten, die er begangen hatte, nur zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, ein Polizeioffizier in einer anderen Gegend bei schwerer Mißhandlung mit dem Säbel zu 30 Mk. Geldstrafe. Ein Gutsherr, der ein Dienstmädchen auf das rohste mißhandelt hatte, so daß der Arzt Schwellungen an fast allen Körperteilen feststellte, wurde zuerst zu 10 Mk. verurteilt, in der Berufungssinstanz zu 40 Mk. Ein Agrarier, der einen Jugendlichen schwer mißhandelt hatte, wurde zu ganzen fünf Mark verurteilt, weil er „jähornig“ sei. Für eine barbarische Robeit gegen eine 50jährige Frau bekam ein Verwalter, Bruder des Gutsherrn, von einem Schöffengericht, das aus einem Gutsherrn und einem Förster bestand, ganze hundert Mark Geldstrafe! Im Gegensatz dazu erinnerte derselbe Redner an die jüngsten Streikverurteilungen im westfälischen Kohlenrevier nach dem letzten verunglückten Bergarbeiterstreik. So ist dort eine Frau, die einen Streikbrecher so nannte, was er war, nämlich „Streikbrecher“, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Ein Monat Gefängnis wurde verhängt gegen eine Frau, die beschuldigt war, Psui gerufen zu haben, obgleich der Gendarm aus sagte, er habe das Psui nicht gehört, aber der Oberkörper der Frau habe gezuckt. Daraus schloß das Gericht, es müsse dem Munde der Frau ein Psui entflohen sein. Vier Monate Gefängnis bekam ein Arbeiter, der Psui gerufen und ausgespuckt hatte. Ueber 500 solcher einzelnen Urteile sind bereits gefällt worden. Ein Streikbrecher trug einen Revolver bei sich, der ihm von drei Streikenden weggenommen wurde. Die Streikenden wurden angeklagt wegen Nötigung; sie hätten ihn nötigen wollen, sie nicht totzuschießen! Der Landgerichtsdirektor sagte zu den Angeklagten: Was geht es denn Sie an, wenn der Mann einen Revolver hat? Der Staatsanwalt beantragte je drei Tage Gefängnis, das Gericht erkannte auf eine und drei Wochen Gefängnis, bloß weil die Leute sich nicht hatten totschießen lassen wollen! Stadthagen schloß seine wirkungsvolle Anklagerede mit dem Satz: Die Justiz ist nicht fähig zu objektiven Urteilen, sie betrachtet den Arbeiter stets als Amboss, die besitzende Klasse als Hammer.

• Aus den Stadtparlamenten •

Charlottenburg. Die Gewährung von Feuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk., die der Magistrat wiederholt abgelehnt hat, ist nunmehr in Form erhöhter Familienzulagen beschlossen worden. Bis zu drei Kindern soll jeder Haushalt eine einmalige Beihilfe von 20 Mk. für jedes Kind erhalten und für jedes weitere 10 Mk. Diese Form erhöhter Familienzulagen ist deshalb gewählt worden, weil die infolge der Feuerung erschwerte Wirtschaftsführung sich bei einer zahlreichen Familie schärfer äußert als bei Unverheirateten und Kinderlosen. Die Ermäßigung der Zulage vom vierten Kinde ab erscheint dem Magistrat angebracht, weil sich der normale Verbrauch auf den Kopf mit der Zunahme der Kinder relativ verbilligt und weil außerdem den städtischen Bediensteten mit mehr als drei Kindern schon jetzt eine ständige Familienzulage von 150 Mk. an auswärts gewährt wird.

Ludwigshafen. Der Stadtrat beschloß mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1911, die Aufbesserung der Beamten und Bediensteten in der Weise, daß die niederen Kategorien zu ihrem bisherigen Gehalt je zwei jährliche Gehaltszulagen, die übrigen Kategorien je eine jährliche Gehaltszulage erhalten und dann wieder wie sonst nach der Gehaltsordnung vorrücken; die Lohnarbeiter erhalten ebenfalls mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1911, eine dauernde Zulage, und zwar Arbeiter mit über 5 Mk. Verdienst täglich 15 Pf., Arbeiter mit 4 bis 5 Mk. Verdienst täglich 20 Pf., Arbeiter unter 4 Mk. Verdienst täglich 25 Pf. Die Aufbesserung erfordert für die Beamten 44 000 Mk., für die Arbeiter 20 000 Mk. jährlich mehr.

• Notizen für Gasarbeiter •

Rürnberg. Am 16. April wäre es im Gaswerk bald zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Der Grund dazu ist folgender: Schon seit längerer Zeit kam es vor, daß den Arbeitern im Gaswerk Geld fehlte. Einem Arbeiter wurde gleich der ganze Geldbeutel mit seinem Wochenlohn von 32 Mk. gestohlen. Es gelang, den Dieb zu ermitteln. Er wurde vom Gaswerk sofort entlassen und bekam vom Gericht 3 Tage Gefängnis. Nach seiner Haftentlassung richtete R. ein Gesuch an den Stadtmagistrat um Wiedereinstellung im Gaswerk. Diese sollte auch am 16. April erfolgen. Wie das der Arbeiterschuß erfuhr, wurde er sofort bei der Direktion vorstellig und erklärte, daß die Arbeiter unter keinen Umständen mit dem R. zusammenarbeiten wollen, weil zu gleicher Zeit drei unbescholtene Arbeiter wegen „Arbeitsmangel“ entlassen wurden. Die Arbeiter würden nötigen Falles solange die Arbeit niederlegen, bis R. anderweitig beschäftigt sei. Die Direktion erklärte, sie werde alles tun, um dem R. in einem anderen Betrieb unterzubringen. Die Einstellung des R. sei aber vom Magistrat und nicht von der Gaswerksverwaltung erfolgt. Darum solle die Magistratsitzung am 19. April diesen Beschluß wieder aufheben. Hiermit gaben sich die Arbeiter nicht zufrieden, sondern riefen ihren Organisationsvertreter. Es wurde sofort eine Versammlung abgehalten, die sehr erregt verlief, und die Verbandsleitung beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Am 17. April beschäftigte sich die Tagespresse mit der Angelegenheit, und abends 1/2 8 Uhr wurde dem Arbeiterschuß mitgeteilt, daß R. einem anderen städtischen Betrieb überdiesen wird. Die nächste Magistratsitzung war also nicht nötig und der Konflikt somit erledigt.

• Aus unierer Bewegung •

Gaulonsferenz Bremen. Die Gaulonsferenz wurde am 31. März im Gewerkschaftshause in Bremen abgehalten. Vertreten waren 5 Filialen mit 11 Delegierten. Vom Verbandsvorstand war Kollege Riedel erschienen. Außerdem waren anwesend Gauleiter Kollege Reumann, Heuers als Vertreter des Ortsbureaus Bremen und Genosse Rhein, Bürgerchaftsmitglied der sozialdemokratischen Fraktion. Nach Konstituierung gab Kollege Reumann den Gaulonsbericht. Seit der letzten Konferenz im März 1909 ist die Mitgliederzahl von 1135 auf 2351 (Ende 1911) gestiegen. Auch die Massenbestände der Filialen nahmen einen erfreulichen Aufschwung. Die Bestände betragen 1909 2377,79 Mk. oder pro Mitglied 1,89 Mk., Ende 1911 dagegen 5844,59 Mk., mithin pro Mitglied 2,06 Mk. Das Verhältnis zwischen Stadtverwaltungen und der Organisation ist kein erfreuliches. Die Verwaltungen sträuben sich, die Organisation anzuerkennen. Daraus ergeben sich dann Vorfälle wie es in Bremen der Fall ist. Mit der Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld sind einige Fortschritte zu verzeichnen. In Bremen haben sich mit Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion annehmbare Erfolge erzielt. Oldenburg zeigt noch sehr schlechte Lohnverhältnisse. In Oesterburg sind nach Kündigung des Tarifs neue Verhandlungen angebahnt worden. In Rühringen sind die größten Fortschritte in bezug auf soziale Fürsorge erreicht worden. Fünf Tarifverträge konnten zugunsten der Arbeiter abgeschlossen werden. Das Verhältnis zwischen der Gauleitung und den Filialen ist ein gutes, ebenso mit den Bruderorganisationen. Gegnerische Organisationen weiß der Gau Bremen fast gar nicht auf. Mit Ausnahme einiger Dirsch-Dunderscher Mitglieder sind nur wenige christlich organisierte städtische Arbeiter zu finden. Nachdem noch der Gauleiter die Lohnbewegungen in den einzelnen Filialen behandelt, wurde der Bericht diskutiert. Außer den ergänzenden Ausführungen der Delegierten wurde insbesondere der schnelle Abbruch der Bremer allgemeinen Lohnbewegung besprochen und die erzielten Erfolge als ungenügend bezeichnet. Zum ungenügenden Ausgang der Bewegung sollte auch der Hauptvorstand Schuld tragen, weil er sich zu wenig darum gekümmert habe. Der Kollege Heuer-Bremen wies in treffender Weise die Vorwürfe zurück, als gerade das Verschulden bei den Mitgliedern selbst lag, die nach Erhalt der Lohnzulage nicht mehr mitmachen wollten. Im übrigen erklärten sämtliche Delegierte mit der Tätigkeit des Gauleiters ihre Zufriedenheit. Kollege Riedel wies darauf hin, daß es angebracht sei, wenn der Gauleiter seine Tätigkeit noch mehr den kleinen Filialen zuwendete. Nachdem Bremen in letzter Zeit einen Ortsbeamten angestellt habe, ließe sich solches wohl gut ermöglichen. Ferner erwähnte er die Filialen zur tatkräftigen Unterstützung des Gauleiters. Die dem Verbandsvorstand in der Bremer Lohnbewegung vorgeworfene Verschleppungspolitik wies er in energischer Weise zurück. Gerade die Bremer Kollegen selbst sei schuld daran gewesen, wenn nicht mehr erreicht worden wäre, was ja auch schon durch den Kollegen des Bremer Filialvorstandes in überzeugender Weise nachgewiesen sei. Ueber den bevorstehenden Verbandstag referierte Kollege Riedel. Nach kurzer Streifung der wichtigsten Tagesordnungspunkte begründete er die vom Hauptvorstand gestellten Anträge zum

Statut und behandelte insbesondere die Erhöhung der Beiträge. In der Diskussion wurde den Ausführungen zugestimmt. Nur die Bremerhavener Delegierten befürchteten, daß durch Beitragserhöhung ein Mitgliederrückgang eintreten werde. Alle anderen Delegierten waren für die Beitragserhöhung. Ein Antrag der Filiale Bremen betr. die Anstellung von Verbandsbeamten wurde nach längerer Debatte zurückgezogen. Beim Punkte Agitation wurde darauf hingewiesen, daß noch bei den Militärwerkstättenarbeitern in Wilhelmshaven ein großer Teil zu organisieren sei. Die Bremer Delegierten waren damit einverstanden, daß der Gauleiter seine Tätigkeit außerhalb Bremens mehr wie bisher entfalten kann, weil durch die Besetzung des Ortsbureaus derselbe entbehrlicher geworden ist. Ebenso wurde gewünscht, das Gaubureau zu verlegen. Diefem trat jedoch Kollege Niedel entgegen. Ein Antrag, jedes Jahr eine Gaufonferenz abzuhalten, wurde angenommen. Als Ort für die Tagung der nächsten Gaufonferenz wurde Eldenburg beschlossen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Konferenz um 7 Uhr abends geschlossen.

Gaufonferenz in Magdeburg. Am 31. März fand im Volksgarten in Wernigerode die 4. Gaufonferenz des Gauwes Magdeburg statt. Vertreter hatten die Kollegen aus Aschersleben, Burg, Möthen, Desian, Kranckenhausen, Magdeburg, Nordhausen, Quedlinburg, Halberstadt, Matbenow, Zangerhausen, Sondershausen, Stafffurt, Stendal, Wernigerode, Wittenberge und Zerbin gesandt. Unvertreten waren Bernburg und Wittenberg. Kollege E. Dittmer vertrat den Verbandsvorstand. Aus dem Tätigkeitsbericht des Kollegen Strunk war zu entnehmen, daß durch die Lohnbewegung in den kleineren Städten für 271 Beteiligte 314,38 Mk. Lohn-erhöhungen verzeichnet werden konnten. Auch sonst gelang es, einige Verbesserungen zu erzielen. Jedoch bleibt noch vieles, besonders auf dem Gebiete der sozialen Fürsorgeeinrichtungen, zu wünschen übrig. Die Mitgliederzahl stieg von 387 im Jahre 1907 auf 958 im Jahre 1911. Der Statutenentwurf des Verbandsvorstandes wurde nach einem Referat Dittmers mit großer Mehrheit zugestimmt. Eine Reihe weiterer Anträge zum Verhandlungsgegenstand wurden angenommen, die später in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht werden. Als Ort der nächsten Tagung wurde Etendal bestimmt. Hauptsächlich bringt uns die nächste Gaufonferenz wieder einen Schritt vorwärts. In den Städten, wo wir Filialen haben, werden circa 3000 Arbeiter beschäftigt, und Ende 1911 waren nicht ganz 1000 organisiert. In einer Reihe anderer Städte ist es uns noch nicht gelungen, Eingang zu finden. Auch dort wird Presse gelegt werden müssen. Die Entwicklung der Organisation im allgemeinen wie im Gau erbringt den Beweis, daß es möglich ist, die Gemeindeglieder dem Gedanken der Organisation und der Solidarität näherzubringen. Wenn jeder sein Teil dazu beiträgt, wird die Entwicklung sicher sich besser, als es bisher möglich war, vollziehen.

Gaufonferenz Straßburg i. G. Am Samstag fand in Freiburg i. Br. die 2. Gaufonferenz für den Gau Elzsaß-Voshringen-Oberbaden im „Freischuh“ statt. Die Filialen Mühlhausen, Straßburg, Freiburg, Colmar, Gebweiler, Lorrach und Markkirch waren durch 21 Delegierte vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege N i e d e l, von der sozialdemokratischen Bürgerausschußfraktion Freiburgs der Genosse N i e d m i l l e r, vom Kartell Arbeitersekretär Genosse M a r k s h o f f anwesend. Als 1. Vorsitzender fungierte Kollege S c h m u d e r - M i l l e n b a u e n, als 2. Vorsitzender G o s s m a n n - F r e i b u r g, als Schriftführer Kollege H a g e n m a n n - F r e i b u r g. Der Gauleiter Kollege B ü r k e r erstattete den Geschäftsbericht für die Jahre 1909, 1910 und 1911. Danach ist die Zahl der buchmäßigen Mitglieder folgendermaßen: am 1. Januar 1909 auf 1602 am 1. Januar 1912; die der zahlenden im gleichen Zeitraum von 801 auf 1513; im Jahresdurchschnitt haben 88 Proz. der Mitglieder ihre Beiträge voll bezahlt. An Unterstützungen wurde geleistet:

	Hauptkasse	Koststellen	Insgesamt
1909 . . .	3516,96 Mk.	1157,51 Mk.	4674,47 Mk.
1910 . . .	6622,80 „	1582,80 „	8205,60 „
1911 . . .	6336,35 „	801,46 „	7137,81 „
Insgesamt	16476,20 Mk.	3541,77 Mk.	20017,97 Mk.

Die ungewöhnlich hohe Summe von rund 20 000 Mk. an ausbezahlten Unterstützungen beweist am besten, welchen starken Rückhalt unser Verband seinen Mitgliedern bietet. Das möchten sich vor allem die Kollegen merken, welche durch ihre Sonderbündel den Verband zu schädigen trachteten. Die Massenbestände stiegen von 4564,97 Mk. am 1. Januar 1909 auf 9655,81 Mk. am 1. Januar 1912 oder von 4,83 auf 6,93 Mk. pro Kopf. Ist die Zunahme auch nicht schlecht, so genügt sie doch noch lange nicht, wenn unsere Massenverhältnisse auch unseren Gegnern Achtung abgewinnen sollen; auch sind 6,93 Mk. pro Kopf gar schnell geseht, wenn größere Bewegungen geführt werden. An Lohnbewegungen hat es nicht gefehlt. Jede, auch die kleinste Filiale führte solche. Mit Ausnahme von Colmar waren alle Bewegungen erfolgreich. Insgesamt wurden von 1909 bis Ende 1911 für rund 1580 Personen circa 211 000 Mk. Lohn-erhöhungen ohne Dienstalterszulagen gerechnet, dann für etwa 1020 Personen etwa 220 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für rund 2100 Personen sonstige Vorteile erzielt. Charakteristisch ist, daß gerade die erreichten sozialen Verbesserungen, wie Gewährung und Erweiterung des Ur-

laubs, Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn, Ueberstundenzuschläge, Schmutzulagen, Dienstkleidung usw. erheblich größer sind wie die erreichten Lohnzulagen und Arbeitszeitverkürzungen. Daraus ist ersichtlich, daß sich die Stadtverwaltungen gerade den wichtigsten Forderungen der städtischen Arbeiter, Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sehr zugewandt verhalten, woraus die Notwendigkeit, den Kampf um diese Verbesserungen recht einseitlich und zähe und unter Aufwendungen noch größerer Mittel wie bisher zu führen, deutlich hervorgeht. Weiter bestätigt der Verlauf der Lohnbewegungen auffallend, daß dort, wo die Kollegen stark organisiert sind, die größten Vorteile erzielt wurden, während in den Filialen, in welchen sich die Kollegen in Kleinvereine und christliche Gewerkschaften zersplitterten, wie in Freiburg und Colmar entweder nichts oder nicht sehr viel erreicht werden konnte. So sind z. B. von Colmar abgesehen, die Freiburger Löhne die schlechtesten mit von allen Gaufilialen, trotz der bereits sprichwörtlich guten Finanzlage dieser Stadt. In Colmar hat die schwarze Mehrheit des Gemeinderats gar nichts getan seit 1906. So lange natürlich die städtischen Arbeiter der „Volkspartei“ des Bürgermeisters Plumenthal oder dem „Colmarer Wahlverein“ des Polizeikommandanten Herrmann angehören oder gar ein halbheißes Lokalvereinsmitglied unterstehen, haben die Herren der Stadtverwaltung nicht nötig, etwas zu tun. In Mühlhausen hat die vom Zentrum und den christlichen Gewerkschaftlern 1908 gegen die Arbeiter zusammengetrommelte Gemeinderatsmehrheit ebenfalls sich noch nicht zu einer durchgreifenden Reformierung der Löhne aufschwüngen können, sondern hat in diesen Fragen gänzlich veriaht. Wohl wurden dort einige Verbesserungen für die Handwerker, Wegfall der untersten Lohnklasse, sowie soziale Verbesserungen erreicht, aber etwas Ganzes in bezuglich der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit nicht geschafft. In Eisenburg haben ebenfalls Zentrum und christliche bezw. katholische Arbeitervereine die Erreichung höherer Löhne verhindert und selbst geradezu traurige Löhne für die städtischen Arbeiter beschlossen. Dasselbe sehen wir in Billingen, wo unter der Zentrumsherrschaft Stundenlöhne von 22-28 Pf. für nicht-leistungsfähige und 28-34 Pf. für voll leistungsfähige Arbeiter eingeführt sind. So sehen wir, daß überall im Gau gerade Zentrum und christliche Gewerkschaften das größte Hindernis für die Erreichung höherer Löhne bilden, eine Tatsache, die, so bedauerlich sie an und für sich ist, doch manchem Kollegen die Augen öffnen und zu unserer Organisation führen wird. Die Diskussion über den Bericht war äußerst lebhaft; allgemein wurde die Zersplitterungssucht verurteilt und soll bezüglich der Aufklärung noch mehr wie bisher getan werden. Wegen der Tätigkeiten des Gauleiters wurden keine Einwendungen gemacht. Sodann referierte Kollege N i e d e l über die Statutenvorlage des Hauptvorstandes. Die Erhöhung der Beiträge von 40 auf 50 Pf. und die Erhebung der Erwerbslosenunterstützung von 6 auf 7,50 Mk. wurden gründlich beleuchtet. Auch hier war die Diskussion eine sehr lebhaft. Obwohl ziemliche Bedenken gegen die Beitragserhöhung und noch mehr gegen die Erhöhung der Unterstützung laut wurden, so fand schließlich doch ein Antrag, der Vorlage des Verbandsvorstandes zuzustimmen, mit 16 gegen 5 Stimmen Annahme. Ebenso wurde einem Antrag zugestimmt, wonach die Unterstützung auf 6 Mk. belassen, dagegen eine Woche länger, also 5-9 statt 4-8 Wochen bezahlt werden soll. Der vorliegende Vortrag des Gen. Markhoff über „Die wichtigsten Punkte der neuen Reichsversicherungsordnung“ mußte der vorgeschriebenen Zeit halber leider ausfallen. Nachdem noch Genosse N i e d m i l l e r und Genosse Markhoff das Einverständnis und die Unterstützung der Fraktion bezw. des Kartells in kameradschaftlicher Weise zum Ausdruck gebracht hatten, schloß Kollege Schmuder mit einem Hoch auf unsere Organisation die in allen Teilen würdig verlaufene Konferenz. Als nächster Konferenzort wurde Straßburg bestimmt.

Berlin. Unsere Kollegen im Wasserwerk „Rüggelssee“ mußten sich schon verschiedentlich gegen die Uebergriffe ihrer Vorgesetzten wehren. Einst war es der Dirigent, welcher in nicht gut zu nennender Weise die Mitglieder des Arbeiterausschusses behandelte, denn trat an seine Stelle der Aufseher W., welcher glaubte, die Arbeiter schuldig zu machen. Nach einer Streit über das Verhalten dieser beiden Herren in der „Gewerkschaft“ und einer Verleumdung des Arbeiterausschusses bei der Direktion hatten die Arbeiter etwas Ruhe. In der letzten Zeit macht sich nun ein Maschinenführer — Wrühmeier ist sein Name — dadurch bemerkbar, daß er die ihm unterstellten Arbeiter schikaniert und beschimpft. Seine Arbeit kann diesem Herrn schnell genug erledigt werden und bei seinen Antreibereien gebraucht er Menschenarten, welche kaum wiederzugeben werden können. Besonders Vorkommnisse sind: „Schweinebande“ und schlimmere. Verhaftet einmal ein Kollege, sich zu verteidigen, so herricht ihn der Maschinenführer gleich an: „Ab hier auf die Arbeiter!“ Aber nicht nur die Arbeiter müssen diese „Schweinebanden“ des W. über sich ergehen lassen, auch die eigenen Kollegen des W. und selbst der Dirigent des Werkes bleibt nicht verschont. Alle Maschinenführer verstehen nach der Meinung W. ihre Arbeit nicht; die beiden Führer M. und A. werden als Cane und Walle bezeichnet und die Bureaubeamten sind in seinen Augen Papierverwüster und Zeitverwüster. Der Betriebsdirigent ist nach seiner Ansicht „Manoli!“ Wie gefährlich das Treiben W. für die Kollegen ist, beweist, daß er im Reizem mehrerer Arbeit-

ter erklärte, was unter vier Augen gesprochen, streite er ab. So sehr der Maschinenführer darauf sieht, daß die Arbeiter schufteten, so wenig bekümmert er sich um die ihm übertragenen Arbeiten. Das Emponieren, besonders während der Nachtzeit, geht ihm über alles. So ist es vorgekommen, daß eine Maschine stehen blieb, weil der Führer zwei Stunden lang spurlos verschwunden war. Ein ardermal klingelte der Dirigent nach dem Führer, aber trotz eifriger Suchens konnten die Arbeiter ihn nicht finden. Aus dem Gespräch geht hervor, daß B. alle Ursache hat, auf sich selbst zu achten. Dies geschieht aber nicht, um so mehr paßt er aber auf die Arbeiter auf, gleichviel, ob sie im Kesselhaus beschäftigt sind oder nicht. Ueber die geringsten Fehler der Arbeiter macht er sich sorgfältige Notizen und bei der ersten besten Gelegenheit erfolgt die Meldung — nicht immer offen, sondern hintertäts und bei passender Gelegenheit. Bei der Verwaltung gilt er daher als „tüchtiger“ Beamter und die Arbeiter sind dem Treiben B.s gegenüber fast wehrlos. Der Arbeiterausschuß kann sich mit der Angelegenheit nicht beschäftigen, da nach dem Regulatorisch Bescheidener über Vorgelegte nicht zu den Arbeiten gehören, für welche der Ausschuss zuständig ist. Beschwerden über die Arbeiter aber allein, so wird ihnen nicht geglaubt, sondern der Maschinenführer behält recht und sie können noch zufrieden sein, wenn sie nicht fliegen! Es bleibt also nur der Weg übrig, der Effektivität zu zeigen, wie sich dieser Herr gebärdet, um so zu erreichen, daß diesem „Rüster“ Vorgelegten von der Werkverwaltung die Zügel etwas straffer gezogen werden.

Ghemmig. Unsere Filiale hielt am 13. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung in der „Sächsischen Volksbühne“ ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal. Daraus ist zu entnehmen, daß inkl. Massenbestand eine Einnahme von 5409,47 Mk. zu verzeichnen war. An Streckunterstützung wurden 200 Mk., an Krankenunterstützung 506,50 Mk., an Arbeitslohnunterstützung 81 Mk. für Streik und Aussperrung 115 Mk. ausbezahlt. An den Hauptvorstand wurden in Leistungen 757,50 Mk., in bar 1472,12 Mk. abgehandelt. Die Filiale hatte einen Massenbestand von 1848 Mk. Von 600 buchmäßigen Mitgliedern waren 580 zahlende zu verzeichnen. Hierauf wurde der Quartalsbericht entgegengenommen. In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß dem Genossenschaftswesen mehr Interesse entgegengebracht werden möchte. Besonders wurden diejenigen Kollegen, die ihre Waren aus kleinen Konsumvereinen beziehen, ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine Verschmelzung mit dem allgemeinen Konsumverein zustande komme. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß das Quartals in Zukunft unserm Verband mehr Beachtung schenken müsse. Dann wurde der Bericht von der in Dresden abgehaltenen Konferenz entgegengenommen. Die Kollegen Kästig und Pernig wurden wieder als Quartalsdelegierte gewählt. Da die Filiale über ihr gute Bücher verfügt, werden die Kollegen ersucht, die Bibliothek rege in Anspruch zu nehmen.

Hamburg. Unsere Mitgliederversammlung vom 17. April war gut besucht. Es wurde zunächst das Wahlergebnist zum Verbandstag bekanntgegeben, das in der „Gewerkschaft“ noch besonders veröffentlicht wird. Alsdann debattierte die Versammlung über die Anstellung eines dritten Sekretärs. Kollege Schönberg führte dazu aus: Der Filialvorstand gibt zu, daß die Agitation intensiver betrieben werden kann. Haarbeiter, Laternenwärter und das Dien- und Wartepersonal in den Krankenhäusern und Armenanstalten in Hamburg, ein Teil der Altonaer sowie die Wandarbeiter und die Hamburger städtischen Arbeiter sind nur schwach organisiert und ist insofern mehr Akquisition notwendig. 250 Mitglieder mehr bringen schon die Kosten des Unterhalts eines besoldeten Funktionärs auf, und was das Wichtigere ist: Die Verwendung als solche gewinnt. Andererseits haben wir die Neumitgliederakquisition vor uns, und auch der Verbandstag in München wird einschneidende Beschlüsse fassen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig beschlossen: „Die Anstellung eines dritten Sekretärs ist notwendig und wird hiermit im Prinzip beschlossen. Der Anstellungs-kommission wird aber mit Rücksicht auf die vom Filialvorstand erhobenen Bedenken bis nach dem Verbandstag in München zurückgestellt. Sobald die Geschäftslage im Verbands einen weiteren Verzug der Anstellung nicht mehr zuläßt, soll der Filialvorstand die letztere wieder vor die Tagesordnung einer Mitgliederversammlung setzen.“ Zu dem mehrfach geäußerten Wunsch, Vertragsammler als besoldete Stellen einzuführen, beschloß die Versammlung: „In betreff des Besoldeten größeren Teil der Mitglieder unserer Verbandsfiliale wiederholt geäußerten Wunsches, besoldete Vertragsammler anzustellen, teilt die Mitgliederversammlung die vom Filialvorstand vorgetragene Ansicht, daß zurzeit solche Anstellungen weder tunclich noch notwendig erscheinen. Gemäß eines früheren Beschlusses des Verbandes hat der Vorstand das Recht, im Bedarfsfalle die Beiträge gegen Zeitlohn einzukommen zu lassen. Im allgemeinen hat aber die gegenwärtige Existenz der Vertragsammler zu größeren Veränderungen keinen Anlaß gegeben, und solange dies so bleibt, kann die Einführung eines anderen Systems Abhand genommen werden.“ Bei Begründung dieser Resolution wurde noch besonders betont, daß die Anstellung besoldeter Einkäufer eine jährliche Zuschussgabe von 2000 Mark verursachen würde. Die Verhandlung über „Anträge zum Verbandstag“ geigte eine Reihe von Ab-

änderungsanträgen zum Verbandsstatut, die in der „Gewerkschaft“ noch besonders bekanntgegeben werden. An Stelle des aus dem Filialvorstand ausgetretener Kollegen Baumgartner wurde Diehl gewählt. Ferner wurde auch die Wahl unserer 20 Delegierten zum Gewerkschaftskartell vollzogen. Für die Porzellanarbeiter und Bergarbeiter wurden je 500 Mk., insgesamt 1000 Mk., als Unterstützung bewilligt. Der Betrag wird der Filialkasse entnommen und nicht durch Extrabeiträge wieder eingebracht. Die Mitglieder sind aber verpflichtet, entsprechend der Höhe ihres Lohnneinkommens Marktarbeit zu nehmen. Die Kollegen haben keine Lohnneinbuße durch Arbeitsruhe am 1. Mai noch darauffolgende mehrtägige Aussperrung. Sie können daher sehr wohl 1 Mk. auf dem Altar der Arbeiterbewegung opfern, indem sie zwei Marktarbeit an unsere Verbandes kaufen. In aller nächster Zeit wird eine energische Lohnbewegung der Hilfsarbeiter betrieben werden. Eine öffentliche Versammlung aller Staatsarbeiter am 28. April im Gewerkschaftshaus soll sich mit der Verjorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Sämtliche Mitglieder sollten jetzt rührig agitatorisch tätig sein und dem Verbands neue Mitglieder werden, das ist Verbandspflicht, der sich kein organisierter Kollege entziehen darf.

Straubing. Am 13. April tagte im Gasthaus zur „gelben Traube“ eine gutbesuchte Versammlung der hiesigen Filiale. Sie befaßte sich mit der Behandlung der Feuerzuzulage in den städtischen Kollegien. Kollege Weigl-Augsburg referierte darüber in ausführlicher Weise. Nach einer kurzen Diskussion erhaltete der Kassierer, Kollege Verlotchner, den Massen- und Rechenschaftsbericht vom 1. Quartal. Das Resultat ist ein erfreuliches. Die Mitgliederzahl sowohl als auch das Lokalvermögen ist im hiesigen Steigen begriffen, so daß zu erwarten steht, daß die Filiale Straubing auch in diesem Jahre einen weiteren Aufschwung machen wird. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere Wünsche guttage befördert, die zur Abhilfe in Angriff genommen werden müssen. Mehrere Reuanahmen bildeten den Schluß der Versammlung.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Die diesjährige Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände fand am 25. bis 27. März in Berlin statt. Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versorgungskasse „Vollversorgung“ ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Verordnungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Paepow und Wentler, für den Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Salde und Ebert, als Ersatzmänner Essler und R. Schmidt bestimmt. Von den der Vorstandskonferenz durch den Dresdener Gewerkschaftskongress übermiesenen Anträgen waren von besonderer Bedeutung diejenigen der Bildhauer und Metallarbeiter betr. Streikunterstützung, von denen der erstere die Errichtung einer Widerstandskasse mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere bei Streiks und Aussperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlageverhältnis und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsbedingungen. Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, bei welcher neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftsstufen, als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der gekleideten freiwilligen Beiträge aus der Hauptkasse pro Mitglied 20 Pf. abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Reibetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen. Bei der Frage der Verriäterhaltung über gewerkschaftliche Verbandstage durch das Pressebureau erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Vertrat des Pressebureaus über die Einführung dieser Verriäterhaltung weiter zu verhandeln. Der Versuch, eine Regelung der Präsenzanrechnung der im Verlaufe von Reichstags- oder Landtagemandaten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangehörigen zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Auffassungen in dieser Frage. Die weiteren Verhandlungsgegenstände waren interner Natur.

♦ Rundschau ♦

Der Magistrat in München und der 1. Mai. Im Münchener Magistrat beauftragte Bürgermeister Dr. v. Brauner, es solle den städtischen Arbeitern am 1. Mai unter Lohnabzug freigegeben werden, soweit dies möglich sei, unter der weiteren Voraussetzung, daß sich die Verreisenden drei Tage vorher melden. Der „Krisen- und Arbeitersekretär Königbauer“ ersuchte, diesen Antrag ab-

gulehnen, da kein Grund bestehe, an diesem Tage den Arbeitern freizugeben. Es sei nicht richtig, daß die meisten Arbeiter das Bedürfnis hätten, den Weltfeiertag zu feiern; hunderttausende Arbeiter, die nicht Sozialdemokraten seien, hätten nicht dieses Bedürfnis. Wenn auch letztlich einige seiner Freunde dafür gestimmt hätten, für die Maifeier gegen Bezahlung einer Leibgebühre Rahmenstangen usw. abzulassen, so habe das nicht in Widerspruch mit der Ablehnung dieses Antrages. Königbauer erwidert in dem Antrag des Bürgermeisters entweder eine Anerkennung der Tendenz der Maifeier, die darauf gerichtet sei, zielbewußt gegen die bestehende Staats- und Regierungsform zu demonstrieren, oder eine Schwäche der Stadtverwaltung gegen die Sozialdemokraten. Genosse Schmidt verzichtete darauf, auf die fonderbaren Darlegungen Königbauers näher einzugehen, er wies nur darauf hin, daß der Magistrat schon seit mehreren Jahren im Sinne des vorliegenden Antrages Beschluß gefaßt habe, und er ersucht deshalb, auch diesmal den Antrag des Bürgermeisters anzunehmen. Die Mehrheit des Magistrats trat dann auch dem vorgeschlagenen Antrage bei. Tagesgenosse stimmte lediglich das Zentrum. — Soffentlich werden die Stadtverwaltungen bald zahlreicher, die auch den Arbeitern ihren Feiertag gönnen!

Änderungen der Gewerbeordnung. Am 1. April d. J. sind Änderungen verschiedener Paragraphen der Gewerbeordnung in Kraft getreten. Von besonderer Bedeutung ist die Vorschrift, daß in allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern jedem Arbeiter bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Beleg (Lohnzettel, Lohnliste, Lohnbuch usw.) über den Betrag des verdienten Lohnes und der einzelnen Arten der vorgenommenen Abzüge auszubändigen ist. Bezüglich der Lohnbücher wurde § 114a dahingehend erweitert, daß in diesen Büchern, die für bestimmte Gewerbe vom Bundesrat obligatorisch vorgeschrieben werden können, der Zeitpunkt der Arbeitsübertragung, Art und Umfang der Arbeit, bei Akkordarbeit Stückzahl, die Vorfälle, die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den Arbeiten, der Zeitpunkt der Ablieferung sowie Art und Umfang der abgelieferten Arbeit, der Lohnbetrag unter Angabe der Abzüge und der Lohnzahlungstag angegeben sind. Auch sonstige Angaben über Namen, Firma und Niederlassungsort des Unternehmers, Namen und Wohnort des Arbeiters sowie die übertragenen Arbeiten und vereinbarten Löhne sind zulässig. Das Lohnbuch ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter sofort nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragung lösenfrei auszubändigen. Die Eintragung ist vom Arbeitgeber oder einem dazu beauftragten Betriebsbeamten zu unterzeichnen. Der Bundesrat kann bestimmen, daß die Lohnbücher in der Betriebsstätte verbleiben, wenn nachgewiesen wird, daß dies zur Wahrung von Fabrikationsgeheimnissen notwendig ist. Soweit nicht Lohnbücher direkt vorgeschrieben sind, sondern nach § 131 Absatz 2 Lohnzettel, Lohnlisten, Lohnbücher usw. wahlweise empfohlen werden, haben sich z. B. die Berliner Gewerkschaften schon dahin ausgesprochen, daß die einfaches und bequeme Form die Einführung von Lohnbüchern sei, in denen unter der Lohnaufzeichnung die geforderten Angaben über die Abzüge zu machen sein würden. In bezug auf den Fortbildungsschulunterricht wird bestimmt, daß die Pflicht zum Besuch einer solchen Schule, soweit sie nach dem Landesgesetz besteht, durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes eingeführt werden kann. Diese Pflicht besteht dann auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Die Pflicht kann auch durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde eingeführt werden, wenn die Gemeinde nicht innerhalb der gefestigten Frist nach erlassener Aufforderung ein Statut festgelegt hat. Bezüglich der besonderen Vorschriften, die der Bundesrat für einzelne Gewerbe zu erlassen befugt ist, wird bestimmt, daß in diese Vorschriften auch Anordnungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zum Schutze von Leben und Gesundheit aufgenommen werden können. Diese Vorschriften sind an geeigneter, allen Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen und in lesbarem Zustande zu erhalten. Für solche Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, kann der Bundesrat bezw., wenn dies nicht geschieht, auch die Landeszentralbehörde oder nach Anhören der beteiligten Gewerbetreibenden und Arbeiter die zuständige Polizeibehörde Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen regeln und die zur Durchführung erforderlichen Anordnungen erlassen. Soweit solche Bestimmungen nicht erlassen sind, kann auf Antrag oder nach Anhören der Gewerbeaufsichtsbeamten oder nach Anhören beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter die zuständige Polizeibehörde auch für einzelne Betriebe im Wege der Zulassung Bestimmungen und Anordnungen dieser Art erlassen. Die Strafbestimmungen haben erhebliche Verschärfungen erfahren. Es werden bei vorsätzlichen Übertretungen der neuen Bestimmungen im wiederholten Rückfälle Strafen bis 3000 Mk. oder Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten angedroht. Werden auch leider einmischen nur ein Teil der städtischen Betriebe als Gewerbebetriebe anerkannt, so verdienen die vorstehenden Änderungen doch Aufmerksamkeit.

„Titanic.“

Weißharüne Kaiser, schaumgekrönte Götin —
Ein Rahmen nur dem stolzen Menschenwertel
Durch Schnee- und Hagel- und Gewitterböden
Nausicht' unser Schiff in königlicher Stärke.
Als trüg's der Meeresherrschafft Zauberling,
So unantastbar schien's — und war indessen
Ein armes, kleines Schiff, an dem gemessen,
Das nun zugrunde ging.

Wäder und Gärten, Frad und Claque und Bad,
Die „Hochkultur“ mit hunderttausend Lichtern —
Und morgen früh ein armes, kleines Brad
In dunkler Wasser Wirbelstrichern.

Die Sieger sind wir. Unablässig geht
Am Erdengrund Triumpheföhre der Avenge:
„Uns Herr'n der Elemente, Herr'n der Welt,
Geborchen gitternd Meer und Luft und Bergel“
„Kuhlos „erobert“ wir in wildem Raufen,
„Bezwungen“ ruhlos Land und Luft und Meer . . .
Doch da — ein Rud . . . Und alles forschgeblasen!
Die dunklen Wasser gurgeln um uns her.

Die Kinder schleichen wir in Dämmerungen
Am Grab vorbei und nennen es „bezwungen“.

Der Dämon lauert, regt und rührt sich nicht,
Trägt unsre Last und duldet unsre Gleise
Und unsre Tänze, bis die Scholle bricht.

Die dunkle Wasser ist er unterm Giege.

Caliban im „Tag“.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Gute **Maifeierkarten** hat die Wiener Parteibuchhandlung, Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18, herstellen lassen. Die Karte „Guido Rent's Sonnenanfang“ symbolisiert unser Streben nach einer schöneren Zukunft. Eine andere Karte zeigt eine Maifeier in ländlicher Umgebung. In einer Waldlichtung versammeln sich die Genossen und singen im Chor. Eine dritte Karte führt uns in den Wiener Prater, wo ein Medner die Fetenrunder begeistert. In einer vierten Karte sehen wir im Mittelbild die Arbeiter und Arbeiterinnen die Fabrik verlassen, während in den beiden Nebenbildern sich ein Bureau mit angelegter Arbeitenden und ein paar der Ruhe sich Gefreunden zeigt. Die Karten dürften großen Beifall finden und am Maiitage stark begehrt werden. Die vier Maifeierkarten sind zum Preise von je 8 Heller (7 Pf.) bei allen Parteipolporturen erhältlich.

Aktio: Das neue Recht der Hilfskassen mit Musterfassung eines kleinen Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit. Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M. Preis 1 Mk.

Die Aushebung des Hilfskassengesetzes ist für viele Kreise unseres Volkes von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Sämtliche Hilfskassen müssen ihre Organisation verändern und sich der neuen Rechtslage anpassen. Zur rechten Zeit erscheint die vorliegende Broschüre, welche alle in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen übersichtlich zusammenstellt und das sehr komplizierte Recht erläutert. Deshalb wird die Broschüre nicht allein den Krankenkassen, sondern allen sozialpolitisch interessierten Kreisen willkommen sein und können wir ihre Anschaffung nur warmstens empfehlen.

Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. (Verlag von Julius Springer in Berlin.) Band 1, Heft 4/5.

Totenliste des Verbandes.

Ferd. Schöke, Magdeburg

Hilfsheizer (Elektrizitätswerke)
† 12. 4. 1912, 62 Jahre alt.

Hans Bokhold, Hamburg

Hausbauer (I. Ing.-Abteilung)
† 13. 4. 1912, 65 Jahre alt.

Hermann Schulze, Hamburg

Hilfsarbeiter (II. Ing.-Abteilung)
† 13. 4. 1912, 55 Jahre alt.

Karl Höhn, Stuttgart

Telegraphenarbeiter
† 14. 4. 1912, 20 Jahre alt.

Henry Reimers, Harburg

Echlosser (Gas- u. Wasserwerk)
† 14. 4. 1912, 33 Jahre alt.

Willy Semmler, Schöneberg

Arbeiter (Englische Gaswerke)
† 15. 4. 1912, 44 Jahre alt.

Matthias Mayr, München

Arbeiter (Z. dtischer Zeinlagerplatz)

gestorben am 17. April 1912, im Alter von 59 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!